

OA-Update 2023/13 | Stand: 15. August

Sanktionen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

von Sommerpause kann keine Rede sein: Auch das 13. Ost-Ausschuss-Update 2023 ist wieder vollgepackt mit Sanktionsmeldungen aus den vergangenen drei Wochen: Aus Anlass des dritten Jahrestags der Proteste in Belarus gegen gefälschte Wahlen haben die EU, die USA und weitere westliche Länder Anfang August ihre Sanktionen gegen das Land nochmals ausgeweitet. In Russland macht eine Reihe von neuen Dekreten ausländischen Unternehmen das Überleben schwer: Neben einer Gewinnsteuer und der Aussetzung des Doppelbesteuerungsabkommens mit Deutschland gibt es ein weiteres Gesetz zur Sanktionierung ausländischer Staaten, Organisationen und Personen. Experten weisen zunehmend darauf hin, dass der Kreml die günstige Übernahme westlichen Eigentums immer gezielt dazu nutzt, seine eigene Machtbasis im Land auszubauen. Laut Financial Times mussten westliche Konzerne in Russland bereits 100 Milliarden Euro abschreiben. In Deutschland gibt es eine zunehmende Unzufriedenheit mit der Wirkung der EU-Sanktionen, nachdem der IWF für die russische Wirtschaft steigendes Wachstum prognostiziert hat. Diskutiert wird weiter über internationale Wege der Sanktionsumgehung. Laut einem Bericht der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung gelangten Chips von Infineon über ein „Labyrinth von Zwischenhändlern“ über China nach Russland. Das Problem betrifft nach verschiedenen Medienberichten aber auch eine Reihe von US-Produzenten wie Intel und Texas Instruments. Hier alle aktuellen Themen in der Übersicht:



- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Deutschland](#)
- [3. Europäische Union](#)
- [4. Russland](#)
- [5. USA](#)
- [6. Weitere Länder](#)
- [7. Blick über den Tellerrand](#)
- [8. Termine](#)
- [9. Tipps&Links](#)

1. Ost-Ausschuss

Handelszahlen für das erste Halbjahr 2023

Der Ost-Ausschuss hat auf Basis der Daten des Statistischen Bundesamts die Handelszahlen für seine 29 Partnerländer im ersten Halbjahr 2023 berechnet. Insgesamt entwickelte sich der Handel mit dieser Region trotz der negativen Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine nur leicht schwächer als der deutsche Gesamthandel. Ein Handelswachstum konnte insbesondere mit den Ländern in Südosteuropa und Zentralasien beobachtet werden, der Handel mit Russland sinkt weiter in hohem Tempo. Im ersten Halbjahr sanken die deutschen Exporte nochmals um 40,6 Prozent, die Importe gingen sogar um 89 Prozent zurück. Im ersten Halbjahr fiel Russland dadurch in der Statistik für die Ost-Ausschuss-Länder auf Platz sechs, hinter die vier Visegrad-Staaten und Rumänien zurück. In der Statistik für Juni lag Russland sogar hinter Slowenien und Bulgarien nur noch an achter Stelle. Positiv (+30 Prozent) entwickelte sich aufgrund starker deutscher Rüstungsexporte die Handelsbilanz mit der Ukraine.

Auffällig ist die deutliche Zunahme des deutschen Handels mit Kirgisistan, das über die Eurasischen Wirtschaftsunion mit Russland verbunden ist. Die deutschen Ausfuhren nach Kirgisistan legten im ersten Halbjahr um 684 Prozent auf 371 Millionen Euro zu, was Spekulationen über mögliche Sanktionsumgehungen befeuert (siehe dazu auch Kapitel Russland). Mögliche Umgehungen möchte die EU im Rahmen ihres 11. Sanktionspakets, das Ende Juni vorgestellt worden war, zukünftig verhindern.

Hier finden Sie die aktuellen Handelstabellen:

[Statistik | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Westliche Chips in russischen Raketen

Interne russische Zolldaten, die dem russischen investigativen Magazin „Verstka“ vorliegen, deuten auf die fortgesetzte Lieferung westlicher Elektronikteile wie Speicherchips oder Flugzeugteile an russische Militärkonzerne hin. Betroffen ist neben amerikanischen Hightech-Firmen wie Intel und Texas Instruments auch der deutsche IT-Konzern Infineon.

In der Folge eines ausführlichen Beitrags, der Mitte Juli in dem russischen Oppositionsmedium Meduza erschien, gab es auch hierzulande weitere Recherchen zum Thema. Unter anderem zeichnet die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung in einem am 13. August erschienen Beitrag den Einsatz von sanktionierten Infineon-Chips in russischen Marschflugkörpern nach. Norwegische Sanktionsexperten werfen dem deutschen Zoll und Infineon deshalb vor, russische Zolllisten nicht genauer auf Lieferungen kontrolliert zu haben. Allerdings macht der FAS-Beitrag deutlich, dass Infineon mit keinem der Zwischenhändler in China, Thailand und Taiwan, die die Chips offenbar nach Russland lieferten, in direkten Geschäftsbeziehungen stand. Vielmehr sei international offenbar ein „kompliziertes Labyrinth“ geschaffen worden, um Lieferungen zu verschleiern. Infineon-CEO Jochen Hanebeck kommt in dem Beitrag ausführlich zu Wort:

Sein Konzern wisse tatsächlich aus mehreren Quellen, „dass immer wieder auch Infineon-Produkte, in diesem Fall ein Speicherchip, zu unserem größten Bedauern in russischen Waffensystemen gefunden werden“, sagte Hanefeld der FAS. Persönlich finde er es „bedrückend und schwer erträglich“, dass Erzeugnisse seines Unternehmens „trotz bester Vorkehrungsmaßnahmen von Russland zu militärischer Nutzung missbraucht werden“. Hanebeck betont zugleich, sein Konzern sei für den Strom von sanktionswidrigen Lieferungen nicht verantwortlich. Infineon habe sich schon im März 2022, also gleich nach Russlands Großangriff, aus dem russischen Markt verabschiedet. „Wir wollen kein Geschäft mit Russland machen, egal welches“, stellt er fest. Dass leider trotzdem immer wieder Infineon-Erzeugnisse „in Russland landeten“, habe mit den manchmal sehr langen Lieferketten zu tun.

Der Sender OstWest in Berlin, der sich an eine russischsprachige Community in Europa richtet, hat die Meldungen zu Sanktionsumgehungen bereits vor der FAS in einem langen Fernsehbeitrag aufgegriffen und dabei, wie auch die FAS, den Ost-Ausschuss eingebunden. Laut Informationen dieses Senders finden Sanktionsumgehungen unter anderem über eine im Saarland ansässige Firma statt. In dem Beitrag heißt es:

„Deutsche Teile für die russische Rüstungsindustrie werden auf relativ einfache Weise beschafft: zum Beispiel über einen deutschen Zwischenhändler, einen Russlanddeutschen namens Waldemar W. aus dem kleinen Ort Heusweiler im Saarland. Sein Name taucht in einem Bericht des britischen Royal United Services Institute, eines britischen Geheimdienstes, auf. Es wird darauf hingewiesen, dass dieser Mann einst Mitglied der saarländischen Linkspartei war und sich für den Austausch zwischen russischen und deutschen Schülern einsetzte.

Die Firma von Waldemar W. kauft von Infineon hergestellte Mikrochips und Widerstände und verkauft sie dann an die russische SMT-AiLogic weiter. Daten über diese Lieferungen können in öffentlichen Quellen gefunden werden. Demnach erhielt die russische Rüstungsindustrie bis Mai 2022 mehr als tausend Lieferungen von Transistoren und anderen Teilen über das Unternehmen von Waldemar W.“

Hier finden Sie den russischsprachigen Beitrag von OstWest auf YouTube:

[Как Россия выстроила параллельный импорт - YouTube](#)

(Eine deutsche Abschrift ist im Ost-Ausschuss verfügbar)

Dieser russischsprachige Meduza-Bericht brachte die Recherchen ins Rollen:

[Россия \(практически без труда\) получает почти любые санкционные товары — от айфонов до компонентов для оружия «Верстка» изучила масштабы этого бизнеса и поговорила с теми, кто в нем занят — Meduza](#)

(Eine englischsprachige Abschrift ist im Ost-Ausschuss verfügbar)

Dies ist der Beitrag in der FAS von Konrad Schuller (Paywall):

[Infineon-Chips in russischen Geschossen \(faz.net\)](#)

Zusammenfassung des FAS-Artikels auf Spiegel-Online:

[Ukraine-Krieg: Russische Marschflugkörper navigieren offenbar mit Infineon-Chips - DER SPIEGEL](#)

2. Deutschland

Deutscher wegen mutmaßlicher Spionage für Russland verhaftet

Die Bundesanwaltschaft hat Anfang August in Koblenz einen Deutschen wegen mutmaßlicher Spionage für Russland festnehmen lassen, dies berichtet Tagesschau.de. Der Mann arbeitet laut der Behörde für das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr in Koblenz. Die Bundesanwaltschaft wirft ihm geheimdienstliche Agententätigkeit für Russland vor. Der Mann befindet sich in Untersuchungshaft. Die Wohnung und der Arbeitsplatz des Beschuldigten Thomas H. seien durchsucht worden, teilte die Bundesanwaltschaft mit. Demnach soll sich H. seit Mai mehrfach aus eigenem Antrieb an die russische Botschaft und das Generalkonsulat in Bonn gewandt haben, um eine Zusammenarbeit anzubieten. Er habe Informationen aus seinem beruflichen Umfeld zur Weitergabe an einen russischen Nachrichtendienst übermittelt. Nach SWR-Informationen fiel der Beschuldigte bei der Überwachung russischer Einrichtungen durch das Bundesamt für Verfassungsschutz auf.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hob die durch den Ukraine-Krieg verschärfte Sicherheitslage in Deutschland hervor. „Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat auch die Sicherheitslage in Deutschland verändert“, sagte Faeser den Zeitungen der Funke Mediengruppe. „Die Bedrohung durch Spionage, Desinformationskampagnen und Cyberangriffe hat eine andere Dimension erhalten.“ Zugleich lobte Faeser die Arbeit der Sicherheitsbehörden. „Erst Ende vergangenen Jahres war ein hochrangiger Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes (BND) wegen mutmaßlichen Landesverrats verhaftet worden. Carsten L. soll ebenfalls Informationen aus seiner beruflichen Tätigkeit weitergeben haben, in diesem Fall an den russischen Inlandsgeheimdienst FSB. Im Umfeld der Bundeswehr gab es im vergangenen Jahr den Fall eines Reserveoffiziers. Er wurde wegen geheimdienstlicher Tätigkeit auf Bewährung verurteilt. Das Oberlandesgericht Düsseldorf stellte beim Angeklagten Ralph G. eine "extrem russlandfreundliche Einstellung" und ein Drang, "sich bei russischen Militärangehörigen beliebt und wichtig zu machen" fest.

[Deutscher wegen mutmaßlicher Spionage für Russland festgenommen | tagesschau.de](#)

Durchsetzung von Sanktionen im Finanzsektor kommt nur schleppend in Gang

Bei der Durchsetzung von Sanktionen gegen russische Vermögen in Deutschland kommt die Bundesregierung seit Monaten kaum voran, dies schreibt t-online in einem Beitrag. Bislang seien hierzulande nur rund 5,22 Milliarden Euro Vermögen eingefroren worden. Das ist sehr wenig, wenn man bedenke, dass es europaweit bereits mehr als 200 Milliarden Euro sind. Zuletzt mussten nach einem Urteil des Verwaltungsgerichts Köln sogar eingefrorene Gelder in Höhe von 30 Millionen Euro wieder freigegeben werden.

Die mangelnden Erfolge der Behörden seien auch das Problem von Christian Lindner: Der Bundesfinanzminister kündigte – um den Sanktionen endlich zu mehr Durchschlagskraft

zu verhelfen – umfangreiche Maßnahmen an. Eine Zentralstelle für Sanktionsdurchsetzung soll seit Jahresbeginn die Jagd auf die Milliarden bündeln. Spezialisierte Ermittler sollen Hinweisen nachgehen, in den kommenden Jahren sogar mit der auf Geldwäsche spezialisierten Financial Intelligence Unit (FIU) in einem neu geschaffenen Bundesfinanzkriminalamt aufgehen.

Dieses Prestigeprojekt des Finanzministers komme aber bislang kaum aus den Startlöchern. Das gehe aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion hervor, die t-online vorliegt.

Nur etwas mehr als die Hälfte der für dieses Jahr eingeplanten Stellen ist bislang besetzt. Nur ein Drittel der Beschäftigten verfügt über eine kriminalistische Ausbildung. Für die Annahme von Hinweisen sind bislang lediglich vier Beschäftigte eingesetzt. Geplante „Sonderbeauftragte für die Überwachung sanktionsnaher Unternehmen“ gibt es noch immer nicht.

Die Personalnot habe Folgen. Im ersten Halbjahr gingen den Angaben der Bundesregierung zufolge zwar 65 Hinweise auf potenzielle Sanktionsverstöße ein. Nur acht davon führten aber tatsächlich zu Ermittlungen. In allen acht Fällen dauern die Ermittlungen noch an. Insgesamt führte die Zentralstelle 58 weitere Vermögensermittlungsverfahren. Über ihren Ausgang ist allerdings nichts bekannt.

Nicht nur um die internationale Zusammenarbeit zu verbessern, müsse die Gesetzesgrundlage angepasst werden. Auch verfügten die Beamten nicht über den rechtlichen Status von Ermittlungspersonen. „Bei Durchsuchungen müssen die Kollegen bislang noch nicht mal hineingelassen werden“.

Inzwischen sei der Entwurf für ein „Finanzkriminalitätsbekämpfungsgesetz“ sei im Ministerium fertiggestellt worden und solle nun mit den anderen Ressorts abgestimmt werden. Das Gesetz soll die Grundlage für das neue Bundesfinanzkriminalamt schaffen. Mehr als 700 Millionen Euro sollen in den kommenden vier Jahren für diese „tektonische Neuordnung der Bekämpfung von Finanzkriminalität in Deutschland“ zur Verfügung stehen, wie der Entwurf in Regierungskreisen laut "Handelsblatt" betitelt wird.

„Es braucht dringend mehr Tempo, denn schmutzige Oligarchenvermögen warten nicht auf langsame Behördenbürokratie in Deutschland“, heißt es dazu von Seiten der Linkspartei.

Auch der BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft sieht weiteren Handlungsbedarf. Die bislang unter Vorbehalt stehenden Stellen müssten so schnell wie möglich in den Haushalt aufgenommen und besetzt werden – am besten mit einer Stellenzulage für die Beamten der Zentralstelle. Damit die deutsche Jagd auf die russischen Milliarden endlich Fahrt aufnehmen kann.

[Russland-Sanktionen: So läuft Christian Lindners Jagd auf die Oligarchen \(t-online.de\)](https://www.t-online.de)

Tagesschau:

Gemischte Bilanz der Russlandsanktionen

Nach Einführung von bislang elf EU-Sanktionspaketen gegen Russland, zieht die Tagesschau eine gemischte Bilanz. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hatte Ende Juli seine Wirtschaftsprognosen für das laufende und das kommende Jahr bekanntgegeben. Demnach wächst die russische Wirtschaft dieses Jahr um 1,5 Prozent - und damit um 0,8 Prozentpunkte mehr als noch im April angenommen. Für das Jahr 2024 erwartet der IWF zudem ein Wachstum von 1,3 Prozent.

Bei der Bewertung der aktuellen Zahlen des IWF müssten allerdings auch die Entwicklungen des vergangenen Jahres berücksichtigt werden, sagt Michael Rochlitz, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bremen. Im Jahr 2022 ging das reale BIP in Russland um etwa 2,1 Prozent zurück - Anfang des Jahres hatte der IWF noch ein Wachstum von etwa drei Prozent erwartet. „Zusammen ergibt sich so ein sanktionsbedingter Rückgang um ungefähr fünf Prozent“, sagt Rochlitz.

Insgesamt sei das jedoch sicherlich weniger, als viele zu Beginn der ersten Sanktionspakete vor mehr als einem Jahr erwartet hätten. Ein wesentlicher Faktor ist aus seiner Sicht, dass sich die russische Wirtschaft sehr stark auf den Krieg ausgerichtet hat. „Wir haben einen großen Anstieg an staatlichen Ausgaben im Rüstungssektor“, sagt Rochlitz. „Die großen Rüstungsbetriebe laufen ununterbrochen, um diesen Krieg, der wahnsinnig viel Material verschleißt, weiter aufrecht zu erhalten.“

Das geht auch aus den Zahlen des Föderalen Diensts für staatliche Statistik (Rosstat) hervor: Demnach gab es im Juni die größten Zuwächse unter anderem bei den Metallerzeugnissen und Radaranlagen. Ein weiterer Faktor für das Wirtschaftswachstum ist zudem das Baugewerbe. „In den von Russland besetzten Gebieten wird sehr viel investiert, um Straßen zu reparieren und zerstörte Gebäude wieder aufzubauen“, sagt Rochlitz. Zeitweise gab es russischen Medienberichten zufolge sogar einen Zementmangel.

Auch der Einzelhandel profitiert nach Angaben von Rochlitz von dem russischen Angriffskrieg. Denn sowohl die Soldaten als auch beispielsweise die Arbeiter in den Rüstungsfabriken erhielten verhältnismäßig hohe Löhne. „Dieses Geld kommt wiederum dem Einzelhandel in den Regionen zugute, in denen sich die Soldaten und Fabriken befinden.“

Der Nachrichtenagentur Reuters zufolge hat Russland die Verteidigungsausgaben dieses Jahr verdoppelt: Sie machen damit ein Drittel der staatlichen Gesamtausgaben aus. Die aus wirtschaftlicher Sicht positiven Entwicklungen in den genannten Sektoren täuschen aus Sicht von Rochlitz darüber hinweg, dass es in vielen anderen Bereichen aufgrund der Sanktionen starke Einbrüche gab. So ist zum Beispiel die Automobilproduktion um mehr als 50 Prozent zurückgegangen, die Produktion pharmazeutischer Produkte um mehr als 40 Prozent.

Vor allem die Sanktionen im Finanzsektor haben jedoch ihre Wirkung verfehlt, sagt Vasily Astrov, leitender Wirtschaftswissenschaftler am Wiener Institut für

Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW). Der Ausschluss aus dem Finanzinformationssystem SWIFT sei für Russland nicht überraschend gekommen, da die Maßnahme bereits 2014 nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim diskutiert wurde. Russland war daraufhin dazu übergegangen, weniger Handelstransaktionen über den US-Dollar abzuwickeln, schreibt der Politikwissenschaftler Andreas Nölke. Demnach fiel der Anteil der russischen Handelstransaktionen mit China, die mit US-Dollar abgewickelt wurden, von gut 90 Prozent 2013 auf unter 50 Prozent 2020, im Falle Indiens von 95 Prozent auf 20 Prozent 2019.

Die russische Zentralbank hatte es 2022 zudem schnell geschafft, den Fall des Rubels aufzuhalten und den Kurs wieder einigermaßen zu stabilisieren. (Anmerkung: Dies scheint sich allerdings derzeit beständig zu ändern. Der Rubelkurs ist inzwischen auf den tiefsten Stand seit März 2022 abgerutscht)

„Ich glaube, das einzige, womit die russische Regierung nicht gerechnet hat, war das Einfrieren der Währungsreserven“, sagt Astrov. „Sonst kann ich mir nicht erklären, warum sie die Hälfte ihrer Reserven in den westlichen Ländern geparkt hat.“ Nach Angaben der EU sind etwa 300 Milliarden Euro an Vermögenswerten der russischen Zentralbank in der EU und den G7-Ländern blockiert.

Ein weiterer Punkt aus Sicht der Experten, der die Effektivität der Sanktionen einschränkt, ist die Tatsache, dass viele Staaten sie nicht mittragen - darunter große Wirtschaftsnationen wie China, Indien, Brasilien oder die Türkei. So habe Russland zumindest einen Teil der Importe aus westlichen Ländern durch beispielsweise chinesische Produkte ersetzen und umgekehrt neue Abnehmer für seine Rohstoffe finden können. Wenn auch zum Teil zu deutlich schlechteren Konditionen.

So exportierte Russland nach Angaben der Internationale Energieagentur (IEA) im März diesen Jahres durchschnittlich 8,1 Millionen Barrel Öl pro Tag in andere Länder - der höchste Wert seit April 2020. Allerdings sanken die Einnahmen im Vergleich zum Vorjahr dennoch um etwa 43 Prozent. Und auch beim Gas, bei dem sich die EU-Mitgliedsstaaten noch auf kein graduellies Embargo einigen konnten, sanken die russischen Einnahmen zwischen Januar und Mai im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um fast 45 Prozent.

Viele westliche Produkte schaffen es auch trotz Exportverbot noch nach Russland - vor allem über Drittländer wie Armenien, Kirgisistan und Kasachstan oder auch der Türkei, Serbien und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Diese Waren seien dadurch aber auch dementsprechend teurer für Russland.

Nach Angaben des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell gingen beispielsweise die Fahrzeugexporte aus der EU nach Russland im vergangenen Jahr um 78 Prozent zurück, während die Fahrzeugexporte nach Kasachstan um 268 Prozent stiegen. Daher beschloss die EU in ihrem elften Sanktionspaket, die Ausfuhr von sanktionierten Gütern und Technologien in Drittländer zu beschränken, „in deren Rechtsraum nachweislich ein anhaltendes und besonders hohes Risiko der Umgehung von Sanktionen besteht“.

Insgesamt sind die Sanktionen aus der Sicht von Rochlitz und Astrov jedoch alles andere als wirkungslos. Allerdings könne es Jahre dauern, bis alle Maßnahmen ihre volle Wirkung entfalteteten. „Kurzfristig sind die Auswirkungen der Energiesanktionen am effizientesten. Sie haben dazu geführt, dass die russischen Einnahmen stark gesunken sind“, sagt Astrov. So wies Russlands Staatshaushalt für das erste Halbjahr dieses Jahres ein deutliches Defizit von umgerechnet 26 Milliarden Euro auf. Im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres hatte es noch ein Plus von 14,7 Milliarden Euro gegeben.

Hinzu komme, dass die Exportverbote von Hochtechnologiegütern zu Engpässen in Russland führe. „Das beschränkt Russland schon sehr stark“, sagt Rochlitz. Denn diese Produkte könne Russland nicht einfach aus anderen Staaten beziehen. Zudem haben schätzungsweise mehrere Hunderttausend Fachkräfte das Land seit Beginn des Angriffskriegs verlassen - davon viele aus dem IT-Bereich. „Das ist ein großer Verlust für Russland und wird das Wachstumspotenzial der Wirtschaft in den kommenden Jahren sicher beeinträchtigen“, sagt Astrov.

Durch die Sanktionen werde Russlands Wirtschaft sich zukünftig deutlich schlechter entwickeln, als es möglich gewesen wäre. Vor allem die Mittelschicht sei davon betroffen, sagt Astrov. Bereits seit 2008 nimmt der Anteil Russlands am globalen BIP mit wenigen Ausnahmen konstant ab.

Die Erwartungen, dass die Sanktionen kurzfristig dazu führen würden, dass Russland den Krieg beende, seien jedoch von Anfang an übertrieben gewesen, so die Experten. Die Sanktionen funktionieren, dass sie der russischen Wirtschaft schaden“, sagt Rochlitz. „Aber sie haben nicht funktioniert, um irgendeine organisierte Front gegen Putins Politik im Land zu erzeugen.“

[Krieg gegen die Ukraine: Wie erfolgreich sind die Russland-Sanktionen? | tagesschau.de](https://www.tagesschau.de/ukraine/krieg-gegen-ukraine-wie-erfolgreich-sind-die-russland-sanktionen?tagesschau.de)

FAZ:

Sanktionen können sanktionierte Regime stabilisieren

Noch kritischer als die Bilanz der Tagesschau fällt eine aktuelle Einschätzung der westlichen Russlandsanktionen in der FAZ aus. Der Autor Philip Plickert weist in diesem kostenpflichtigen Beitrag auch auf kritische Einschätzungen der Kyjiw School of Economics hin, nach denen im Westen die russischen Wirtschaftsreserven, die lange vor dem Krieg etwa im Nationalen Wohlfonds zurückgelegt wurden, von den Gegnern Russlands unterschätzt worden seien. Diese „Makro-Puffer“, die durch weiter hohe Ausfuhren von Rohstoffen gefüllt werden, verschafften Moskau weiterhin Spielräume. Zudem könne der Kreml westliche Sanktionen sogar dazu nutzen, die eigene Machtposition in der russischen Wirtschaft auszubauen. Als aktuelle Beispiele werden Danone und Carlsberg genannt.

„Als diese ihre russischen Geschäftsteile verkaufen wollten, ließ der Kreml die Geschäftsteile Mitte Juli einfach beschlagnahmen und verstaatlichen. Beide Unternehmen

werden jetzt von regimenahen Figuren kontrolliert. Danones Geschäfte leitet künftig ein enger Verwandter des Tschetschenenführers Kadyrow, Carlsbergs Baltika-Brauerei übernimmt ein Putin-Freund. Der Rückzug westlicher Unternehmen spielt also Oligarchen und Regimefreunden in die Hände, die sich ausländische Vermögenswerte zum Spottpreis aneignen können“, so die FAZ.

Und weiter heißt es: „Zwar ist unbestritten, dass sie (Red.: die Sanktionen) dem betroffenen Land volkswirtschaftlich schaden, aber in erstaunlich vielen Fällen führen sie gleichzeitig dazu, die Autokratien eher zu stabilisieren und sogar zu stärken. Regimenahe Unternehmer erhielten Vorteile und verdienten gut, das Regime kassiere mit. Die Korruption blühe, das Volk zahle drauf. „Es bildet sich ein „Crony Capitalism“, eine Art Vetternwirtschaft, die systemstabilisierend wirkt.“ Ähnlich sei es beispielsweise auch in Kuba, Nordkorea und Venezuela gelaufen.

Das heiße zwar nicht, dass Sanktionen wirkungslos seien. „Aber oft ist die politische Wirkung eine ganz andere als die wirtschaftliche“, so die FAZ.

[Ukraine-Krieg: Wirken die Sanktionen gegen Russland? \(faz.net\)](#)
(Bezahlschranke)

Debatte über Verschärfung der Sanktionen

Nachdem Ende Juli der Internationale Währungsfonds (IWF) seine Wachstumsprognose für Russland für das laufende Jahr von 0,7 auf 1,5 Prozent korrigiert hatte, fordern deutsche Politiker die Verschärfung der bestehenden EU-Russlandsanktionen. Als Grund für die verbesserte Wirtschaftslage in Russland werden hohe Ausgaben für die Kriegswirtschaft und neue Abnehmer in Indien und China für russisches Öl vermutet, berichtet der Tagesspiegel. Franziska Brantner, die Parlamentarische Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium, sagte der Zeitung, dass die Bundesregierung in Abstimmung mit den Partnern die Sanktionen gezielt weiterentwickeln, um deren Wirkung weiter zu verbessern. „Dazu gehört ein noch konsequenteres Vorgehen gegen die Sanktionsumgehung und die Einbeziehung weiterer Bereiche, beispielsweise bei Diamanten oder im Nuklearsektor“, sagte die Grünen-Politikerin weiter.

Die EU tue sich in diesen Feldern allerdings mit einem geschlossenen Auftreten schwer, kommentiert der Tagesspiegel. bei einem möglichen Kompletต์verbot für Diamanteneinfuhren schwertut. Antwerpen gelte weltweit als Drehscheibe für den Handel mit Rohdiamanten, entsprechend groß sei der Widerstand der belgischen Regierung.

Ähnlich verhalte es sich bislang mit möglichen Sanktionen gegen den russischen Staatskonzern Rosatom als Lieferanten von angereichertem Uran. EU-Länder wie Frankreich und Ungarn seien dagegen.

Nach Auffassung des CDU-Außenpolitikers Roderich Kiesewetter liege das größte Problem darin, dass die westlichen Sanktionen gegen Russland weiterhin über Drittstaaten wie Armenien, Georgien oder Kasachstan und Hongkong umgangen werden. Kiesewetter

schlug vor, die Sanktionen gegen Russlands engsten Verbündeten Belarus weiter auszuweiten, um die Ausfuhr von kriegswichtigen Gütern zu unterbinden. „Von Anfang an war klar, dass die Sanktionen kein Sprint, sondern ein Marathon sind“, sagte Kiesewetter dem Tagesspiegel. Allerdings wirkten Sanktionen nur, wenn sie glaubwürdig umgesetzt werden. Dies sei bislang etwa nicht der Fall. „Hier agiert die Bundesregierung bisher zu zurückhaltend, da offensichtlich auch deutsche Firmen bei Sanktionsumgehungen beteiligt sind“, kritisierte der CDU-Politiker.

[Russlands Wirtschaft wächst: Warum wirken die Sanktionen nicht mehr?
\(tagesspiegel.de\)](https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/russlands-wirtschaft-waechst-warum-wirken-die-sanktionen-nicht-mehr-10118788.html)

Financial Times:

Europäische Konzerne mussten in Russland bereits 100 Milliarden Euro abschreiben.

Europas größte Unternehmen haben seit dem Einmarsch von Präsident Wladimir Putin in die Ukraine im vergangenen Jahr mindestens 100 Milliarden Euro an direkten Verlusten aus ihren Geschäften in Russland erlitten, heißt es in einer (kostenpflichtigen) Analyse der Financial Times. Gleichzeitig kam es in der Energiebranche und im Verteidigungssektor, aber auch zu starken Gewinnsteigerungen, die die Verluste teilweise überkompensierten.

Eine Untersuchung von 600 Jahresberichten und Jahresabschlüssen europäischer Konzerne für das Jahr 2023 zeige, dass 176 Unternehmen Wertminderungen von Vermögenswerten, währungsbedingte Kosten und andere einmalige Ausgaben infolge des Verkaufs, der Schließung oder der Reduzierung russischer Geschäftsbereiche verbucht haben.

Die Entscheidung Moskaus, im April die Kontrolle über die russischen Geschäfte der Gasimporteure Fortum und Uniper zu beschlagnahmen, gefolgt von der Enteignung von Danone und Carlsberg, deutet nach Ansicht von Analysten darauf hin, dass der Schaden weiter zunehmen dürfte. „Selbst wenn ein Unternehmen viel Geld verloren hat, wenn es Russland verlässt, riskieren diejenigen, die bleiben, viel größere Verluste“, so Nabi Abdullaev, Partner bei der Strategieberatung Control Risks. Es habe sich herausgestellt, dass „cut and run“ die beste Strategie für Unternehmen war, die zu Beginn des Krieges entschieden, was sie tun sollten. Je schneller man abzog, desto geringer war der Verlust.

Die größten Abschreibungen und Belastungen waren bei Öl- und Gaskonzernen zu verzeichnen, wo allein drei Unternehmen - BP, Shell und TotalEnergies - zusammen 40,6 Milliarden Euro an Belastungen meldeten. Die Verluste wurden allerdings durch die höheren Öl- und Gaspreise bei weitem aufgewogen, die dazu beitrugen, dass diese Konzerne im vergangenen Jahr insgesamt Rekordgewinne von rund 95 Milliarden Euro verbuchen konnten. Ähnlich positiv war der Konflikt für die Rüstungsindustrie.

Versorgungsunternehmen mussten hingegen einen direkten Verlust von 14,7 Milliarden Euro hinnehmen, während Industrieunternehmen, einschließlich Automobilhersteller, einen Verlust von 13,6 Milliarden Euro hinnehmen mussten, schreibt die Financial Times. Finanzunternehmen, darunter Banken, Versicherungen und Wertpapierfirmen, verzeichneten Abschreibungen und andere Belastungen in Höhe von 17,5 Milliarden Euro.

Auch deutsche Unternehmen mussten empfindliche Abschreibungen vornehmen:

Der deutsche Konzern Wintershall Dea teilte im Januar mit, dass die Enteignung seines Russlandgeschäfts durch den Kreml zwei Milliarden Euro an Barmitteln von seinen Bankkonten abgezogen hat. Im Gegenzug schrieb der Wintershall-Eigentümer BASF seinen Anteil an dem Energieexplorer um 6,5 Milliarden Euro ab. Uniper, das im vergangenen Jahr vom deutschen Staat gerettet wurde, verbuchte 5,7 Milliarden Euro an Wertminderungen, während das finnische Unternehmen Fortum 5,3 Milliarden Euro einbüßte.

Elf Automobilhersteller mussten zusammen 6,4 Milliarden Euro an Abschreibungen vornehmen. Renault habe nach dem Verkauf seines Moskauer Werks und der Beteiligung an der russischen Avtovaz im Mai 2022 2,3 Milliarden Euro abgeschrieben. Volkswagen meldete eine Abschreibung in Höhe von 2 Milliarden Euro und im Mai genehmigte Moskau den Verkauf der lokalen VW-Vermögenswerte, einschließlich eines Werks mit 4.000 Beschäftigten, die laut Unternehmensangaben im vergangenen Jahr noch mit 1,5 Milliarden Euro bewertet wurden. Im Finanzsektor warf die französische Société Générale im April 2022 das Handtuch und erlitt dabei einen Verlust von 3,1 Milliarden Euro. Raiffeisen International, immer noch die größte westliche Bank im Land, habe eine Milliarden Euro an Abschreibungen und anderen Belastungen hinnehmen müssen, die UniCredit musste 1,3 Milliarden Euro abschreiben, während die italienische Intesa Sanpaolo 1,4 Milliarden Euro abschreiben musste.

Die Konzerne, die noch in Russland tätig sind, gehen ein hochriskantes Risiko ein, so Anna Vlasjuk, Research Fellow bei KSE. Die strengeren Ausstiegsregeln, die Moskau seit Beginn des Krieges eingeführt hat, machen eine Enteignung wahrscheinlich, und es ist fast unmöglich, aus diesen Unternehmen irgendwelche Dividenden herauszuholen, sagte sie.

[European companies suffer €100bn hit from Russia operations | Financial Times \(ft.com\)](#)
(Bezahlschranke)

Bionorica sucht Partner in Russland

Laut einem Bericht der russischen Wirtschaftszeitung Vedomosti will das deutsche Pharmaunternehmen Bionorica sein im Bau befindliches Werk im russischen Woronesch verkaufen. Die Fabrik für pflanzliche Arzneimittel sollte ursprünglich 2021 in Betrieb gehen. Die Pandemie und lange Genehmigungsverfahren führten zu Verzögerungen. Durch die nach dem 24. Februar 2022 eingeführten Sanktionen, die die Ausfuhr bestimmter Maschinen und Rohstoffe nach Russland verhindern, kann Bionorica das Werk selbst nicht fertigstellen und sucht deshalb einen Partner in Russland. Ein Rückzug aus Russland sei allerdings nicht geplant, schreibt Vedomosti. Der Pharmabereich selbst ist weitgehend von EU-Sanktionen ausgenommen. Die bislang von Bionorica in das Werk investierte Summe wird auf 28 Millionen Euro geschätzt.

[Немецкая фармкомпания Bionorica выставила на продажу недостроенный завод в Воронеже - Ведомости \(vedomosti.ru\)](#)

Mercedes-Benz koppelt russische Händler von Software ab

Der deutsche Autokonzern Mercedes-Benz hat die russischen Händler komplett von seiner Software abgekoppelt. Dies hätten Vertreter des Unternehmens gegenüber der russischen Zeitung Izvestia berichtet. Laut dem Zeitungsbeitrag hätte der Verband der russischen Autohändler bestätigt, dass es Probleme beim Zugang zur Software gab und auch andere Marken betroffen waren. Gleichzeitig, so die Quellen der Redaktion, wurde der Zugang auch vom BMW-Konzern eingeschränkt. Das Fehlen der offiziellen Software kann die Reparatur- und Wartungszeiten verlängern und zu Problemen bei Updates für neue Autos führen, glauben Experten. Weitere westliche Automobilhersteller könnten dem Beispiel von Mercedes folgen, vermutet Isvestija. Allerdings könne dies zu Regressforderungen führen.

Laut dem Gesetz „Über die technische Regulierung“ müssen die Hersteller Produktfehler und Servicemaßnahmen unverzüglich an die Aufsichtsbehörde - Rosstandart - melden. Die Behörde teilte der Iswestija mit, dass „jede Informationsquelle über die Nichteinhaltung von Produkten mit den Anforderungen der technischen Vorschriften“ ein Grund für eine Rückrufaktion sein kann. Dies bezieht sich insbesondere auf Medienberichte und die Ergebnisse von Inspektionen.

Rosstandart hat keine Berichte von Automobilkonzernen über die Einstellung von Rückrufaktionen in Russland erhalten, hieß es und erinnerte daran, dass „die Nichtumsetzung des vereinbarten Maßnahmenprogramms Anzeichen für eine Ordnungswidrigkeit haben kann“ - Artikel des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten über das Versäumnis des Herstellers, Maßnahmen zu ergreifen, um Schäden im Verkehr mit Produkten zu verhindern.

[Концерн окончен: Mercedes-Benz отключил российских дилеров от своего ПО | Статьи | Известия \(iz.ru\)](#)

3. Europäische Union

Ausweitung der EU-Sanktionen gegen Belarus

Der Rat der EU-Staaten hat beschlossen, weitere gezielte Restriktionen gegen Belarus zu verhängen. Als Reaktion auf die illegale Invasion Russlands in der Ukraine und die belarussische Beteiligung daran sollen Sie laut Pressemitteilung für eine stärkere Angleichung der gegen Russland und Belarus verhängten Sanktionen sorgen. Ziel sei es, dass die gegen Russland verhängten Sanktionen nicht über Belarus umgangen werden können.

Folgende Sanktionen gegen Belarus wurden erlassen:

- ein Ausfuhrverbot für Güter und Technologien, die zur Verwendung in der Luft- und Raumfahrtindustrie geeignet sind, einschließlich Flugzeugtriebwerken und Drohnen;
- ein Verbot des Verkaufs, der Lieferung, der Weitergabe oder der Ausfuhr von Feuerwaffen, deren Teilen und wesentlichen Komponenten sowie von Munition;
- weitere Ausfuhrbeschränkungen für Halbleiterbauelemente, elektronische integrierte Schaltkreise, Herstellungs- und Prüfgeräte, Fotokameras und optische Komponenten;
- eine Ausweitung des Ausfuhrverbots für Güter und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck.

Die EU hat am 3. August zudem Sanktionen gegen 38 Personen und drei Einrichtungen aus Belarus verhängt, „die für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, zur Unterdrückung der Zivilgesellschaft und der demokratischen Kräfte beitragen [und/oder] vom Lukaschenko-Regime profitieren und es unterstützen“.

Die neuen Listen umfassen Strafvollzugsbeamte, Richter, Staatsanwälte, Ermittlungsbeamte und Fernsehmoderatoren sowie die drei unten aufgeführten Einrichtungen:

- Minsker Elektrotechnisches Werk, benannt nach V.I. Kozlov, einer der größten Hersteller von elektrischer Ausrüstung in Europa und einer der Industriegiganten von Belarus;
- Belarussische Stahlwerke, ein staatliches Unternehmen der Metallurgieindustrie in Belarus und eines der größten Unternehmen des Landes;
- Belneftekhim - Belarussischer Staatskonzern für Öl und Chemie, einer der größten Industriekomplexe von Belarus, der aus mehreren anderen staatlichen Unternehmen besteht.

Pressemitteilung:

[Belarus: EU adopts new round of individual sanctions over continued human rights abuses and imposes further targeted measures in response to involvement in Russia's military aggression against Ukraine - Consilium \(europa.eu\)](#)

Gesetzestexte:

[EUR-Lex - 32023R1591 - EN - EUR-Lex \(europa.eu\)](#)

Durchführungsbeschluss:

[EUR-Lex - 32023D1592 - EN - EUR-Lex \(europa.eu\)](#)

Stellungnahme der Kommission zum Ratsbeschluss

[EU agrees to extend the scope of sanctions on Belarus \(europa.eu\)](#)

Bericht von Euractiv über internationale Koordinierung der Belarus-Sanktionen:

[Drei Jahre nach Protesten: Neue Sanktionen gegen Belarus – EURACTIV.de](#)

Litauen plant Grenzsicherungen zu Belarus

Das litauische Verkehrsministerium schlägt laut Euractiv die Schließung von zwei der sechs Kontrollpunkte an der Grenze zu Belarus vor und begründet dies mit der Präsenz russischer Söldner im Nachbarland. Der Vorschlag muss noch vom gesamten Kabinett gebilligt werden. Wird dem Vorschlag zugestimmt, werden die beiden Kontrollpunkte bei Šumskas und Tverečius ab dem 15. August geschlossen.

Das Verkehrsministerium argumentiert, dass die vorübergehende Aufhebung der Kontrollpunkte „aufgrund der geopolitischen Umstände und der Verringerung der Bedrohungen“ notwendig sei. Der Verkehr wird auf den Kontrollpunkt Medininkai umgeleitet, den größten und technisch am besten ausgestatteten der sechs Kontrollpunkte an der 680 Kilometer langen Grenze Litauens zu Belarus. Nach Angaben des Ministeriums verfügt er über ein Röntgenkontrollsystem, während die Kontrollpunkte Tverečius und Šumskas nicht über ein solches verfügen.

Unterdessen hat der stellvertretende Innenminister Arnoldas Abramavičius erklärt, die Schließung aller sechs Grenzübergänge sei nicht praktikabel. „Wir würden auf ziemlich große organisatorische Probleme stoßen, wenn wir die sechs Kontrollpunkte auf einmal schließen würden“, sagte er vor Reportern in Medininkai, nahe der Grenze. Er sagte, dass das benachbarte Polen ebenfalls Grenzübergänge an der Grenze zu Belarus schließe. „Die Polen haben die Zahl ihrer Kontrollpunkte von vier auf einen reduziert, die Letten haben zwei internationale Kontrollpunkte mit Belarus, und wir haben heute sechs, von denen zwei vielleicht eine begrenzte Kapazität haben“, sagte er. Die baltischen und polnischen Innenminister wollen in Kürze ein Treffen abhalten, um zu diskutieren, was zu tun ist, wenn die Grenze zu Belarus vollständig geschlossen werden muss, so Abramavičius.

[Wegen Wagner: Litauen will Drittel der Grenze zu Belarus schließen – EURACTIV.de](#)

Aktualisierung der FAQ zu den EU-Sanktionen

Die EU hat am 27. Juli und 2. August ihre FAQ zu den Russland-Sanktionen aktualisiert. Dies betrifft unter anderem Zollfragen, Luxusgüter, den Transit durch Russland, den Import sanktionierter Güter, den Handel mit russischem Öl auf See, den Zugang zu EU-Häfen und die Frage, ob gemischtes russisches und nicht-russisches Öl unter die Preisobergrenze fällt:

[Frequently asked questions on the prohibition to access EU ports concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it \(europa.eu\)](#)

[Frequently asked questions on the import, purchase & transfer of listed goods concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it \(europa.eu\)](#)

[Frequently asked questions on Transit of listed goods via Russia concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine - faqs-sanctions-russia-transit-listed-goods_en.pdf \(europa.eu\)](#)

[Asset freeze and prohibition to provide funds or economic resources \(europa.eu\)](#)
[Frequently asked questions on luxury goods concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it \(europa.eu\)](#)

[Frequently asked questions on customs related matters concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine \(europa.eu\)](#)

[Oil imports - Frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it. \(europa.eu\)](#)

[Guidance on Russian oil price cap \(europa.eu\)](#)

Hier sind alle FAQ zu den EU-Sanktionen mit dem Stand 2. August:

[Consolidated version - Frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it. \(europa.eu\)](#)

Tschechien sanktioniert Oligarch Jewtuschenko

Im Januar 2023 führte die Tschechische Republik ein nationales Sanktionsgesetz zur Verhängung autonomer Sanktionen ein, von dem sie im April erstmals Gebrauch machte, indem sie das Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche, Patriarch Kirill, wegen Unterstützung der russischen Invasion in der Ukraine auf die tschechische nationale Sanktionsliste setzte.

Zwei weitere Neuzugänge, der russische Geschäftsmann Wladimir Jewtuschenko und sein Sohn Felix Jewtuschenko, wurden im Juni auf die tschechische autonome Sanktionsliste gesetzt, weil sie „der russischen Regierung bedeutende Einkommensquellen zur Verfügung stellen“. Die EU als Ganzes hat sie nicht auf die Liste gesetzt.

Im Anschluss an die Sanktionen hat die tschechische Regierung nach einem Bericht des tschechischen Fernsehens in der vergangenen Woche die Bankkonten und das Vermögen von Wladimir Jewtuschenko eingefroren, berichtet das Portal europeansanctions.com. Dem Bericht zufolge kontrolliert Wladimir Jewtuschenko ein Unternehmen für elektronische Bauteile und ist Eigentümer eines Hotels in Tschechien.

Streit zwischen Fortum und Vestas wegen Umsetzung von Sanktionen

Es ist einer der größten sanktionsbedingten Vertragskonflikte, die bislang öffentlich wurden. Wie verschiedene Medien, darunter die Berliner Zeitung, berichten, streiten der finnische Konzern Fortum und sein dänischer Technologiepartner Vestas wegen der Lieferung von Komponenten für Windanlagen in Russland. Es geht um 200 Millionen Euro.

Hintergrund:

Der russische Angriff auf die Ukraine und die darauffolgenden Sanktionen haben viele westliche Unternehmen gezwungen, die Verträge mit ihren Händlern und Kunden einseitig zu kündigen. Einige davon haben ihre Geschäfte mit den Russen auch freiwillig beendet. Doch nicht allen fällt es leicht, aus den geltenden Verträgen schnell auszusteigen. Selbst im Krieg lässt die Ukraine Russland für die Transitgebühren weiterhin Gas und Öl über das eigene Territorium liefern. Der österreichische Energiekonzern OMV hat keine Lust, den langfristigen Liefervertrag mit Gazprom freiwillig zu kündigen. Die Gaslieferungen aus Russland sind auch nicht von den EU-Sanktionen betroffen, die Lieferungen von industriellen Komponenten aus der EU nach Russland dagegen schon.

Fortums Tochter Wedf und deren Technologiepartner, der dänische Windanlagenbauer Vestas, hatten Russland noch vor dem Krieg eine Lieferung von 50 Windanlagen, Halbleitern und anderen technischen Teilen zugesagt, um den Aufbau großer Windparks voranzutreiben. Mit dem Krieg setzte Vestas alle Aktivitäten in Russland sofort aus und musste sich mit einem Verlust von 400 Millionen Euro abfinden. Doch Fortum verlangt laut einem Bericht der Wirtschaftswoche (WiWo) von den Dänen weiterhin die Erfüllung der Verträge bzw. die Lieferung der bestellten Teile nach Russland.

Laut dem Vestas-Geschäftsführer Henrik Andersen darf das Unternehmen diese Teile nicht nach Russland liefern, weil sie eindeutig auf der Sanktionsliste der EU stehen und der Exportkontrolle unterliegen.

Nach einer gescheiterten Streitschlichtung verklagte Fortum Vestas auf Zahlung von 200 Millionen Euro, mit der Begründung, man habe für die vereinbarte Lieferung, die Vestas stoppte, bereits Vorauszahlungen geleistet und andere Leistungen bezahlt. Vestas wurde bezichtigt, die Russland-Sanktionen als Vorwand zu nutzen, um nicht den Ausfall von Lieferungen zu verantworten. Dieses Geld will Fortum nun von Vestas zurück, wenn die

Waren nicht nach Russland geliefert werden dürfen. Fortum besteht darauf, dass es um einen „rein kommerziellen Streit um Vorauszahlungen geht, die vor dem Krieg geleistet wurden“.

Der entscheidende Punkt in dieser und vielen anderen Streitigkeiten rund um gestoppte Russlandgeschäfte dürfte sich um die Frage drehen, ob Sanktionen auch Geschäfte und Verträge berühren, die vor ihrem Erlass getätigt wurden, aber über diesen Zeitpunkt hinaus ihre Wirkung entfalten, schreibt die WirtschaftsWoche. Laut der britischen Zeitung Financial Times „gehört der Fall zu den größten sanktionsbedingten Vertragsstreitigkeiten, die je öffentlich wurden“. Anwälte würden davon ausgehen, dass in mehreren Branchen noch mehr Fälle wegen der Beendigung von Geschäften aufgrund der Einhaltung von Sanktionen auftreten werden.

[Sanktionsverstoß oder legitime Geschäfte? Fortum fordert Vestas zur Lieferung nach Russland auf \(wiwo.de\)](#)

[Sanktionen gegen Russland unterlaufen? Die Finnen pochen auf Erfüllung der Verträge \(berliner-zeitung.de\)](#)

Listen besonders kritischer Güter

In Zusammenarbeit mit den internationalen Partnern wurde von der EU eine Prioritätenliste der mit Sanktionen belegten Güter erstellt, die in russischen Militärsystemen verwendet werden und auf dem Schlachtfeld gefunden wurden. Bei diesen Gütern sollten die Unternehmen besondere Sorgfalt walten lassen, Drittländer dürfen sie nicht nach Russland ausführen.

[EU's restrictive measures against Russia: Addressing the circumvention of EU export restrictions against Russia – List of high priority battlefield items \(europa.eu\)](#)

Darüber hinaus hat man innerhalb der EU auch wirtschaftlich kritische Güter ermittelt, bei denen Unternehmen und Drittländer besonders wachsam sein sollten:

[EU's restrictive measures against Russia: Economically critical goods list \(europa.eu\)](#)

Weitere Informationen zu EU-Sanktionen:

[Sanctions \(restrictive measures\) \(europa.eu\)](#)

4. Russland

Neues Gesetz bringt ausländische Unternehmen weiter in Bedrängnis

Am 4. August unterzeichnete der russische Präsident Wladimir Putin das Gesetz Nr. 422-FZ. Es sorgt nach Angaben der Deutsch-russischen Auslandshandelskammer für erhebliche Unruhe unter bislang in Russland tätigen ausländischen Unternehmen. Das Gesetz richtet sich gegen ausländische Staaten, Organisationen und Einzelpersonen sowie in deren Mehrheitsbesitz stehende Rechtspersonen und beschreibt finanzielle Restriktionen gegen diese Gruppe. Die Befugnisse der russischen Zentralbank zur Durchsetzung dieser Beschränkungen werden ausgeweitet, die Sperrung von Geldern und Eigentum wird erleichtert.

„Diese Beschränkungen können im Falle unfreundlicher Handlungen von Ländern, die die nationale Sicherheit Russlands bedrohen, angewendet werden“, schreibt dazu das Wirtschaftsportal RBC. Gesperrte Personen blieben aber berechtigt, Gelder auf Konten in russischen Banken einzuzahlen, Renten, Stipendien, Beihilfen, Sozialleistungen zu erhalten und auszugeben sowie Steuern zu zahlen. Sie seien auch weiterhin berechtigt, Löhne zu erhalten und sie in Höhe von bis zu 10.000 Rubel im Monat für jedes Familienmitglied auszugeben.

Darüber hinaus regelt das Gesetz die Liste der Organisationen, die den Beschränkungen in Form von wirtschaftlichen Sondermaßnahmen unterliegen: Pfandhäuser, Kreditgenossenschaften, Mikrofinanzorganisationen und andere. Die Befugnisse der Zentralbank werden in Bezug auf Nicht-Kredit-Finanzorganisationen, die gegen dieses Gesetz verstoßen, erweitert. Die Bank von Russland werde in der Lage sein, deren Aktivitäten für bis zu sechs Monate einzuschränken, einschließlich der Beschränkung der Anziehung von Geldern und der Vergabe von Darlehen, schreibt RBC.

Das Gesetz tritt 180 Tage nach seiner offiziellen Veröffentlichung Anfang Februar 2024 in Kraft.

Kira Vinokurova, Co-Leiterin der Pen & Paper-Praxis für Sanktionsrecht und Compliance, erläuterte gegenüber RBC, dass nach den Änderungen Sperrmaßnahmen gegen zwei Kategorien von juristischen Personen verhängt werden könnten:

- im Verhältnis zu ausländischen Staaten, Organisationen, Bürgern und Staatenlosen;
- juristische Personen, die zu über 50 Prozent im Besitz von ausländischen Staatsbürgern sind, und deren Strukturen, wenn besondere wirtschaftliche Maßnahmen auf sie angewendet werden.

„Die neue Verordnung kann also jedes ausländische oder von Ausländern kontrollierte russische Unternehmen betreffen“, stellte Vinokurova klar. Falle ein ausländisches Unternehmen in diese Kategorie, bestehe das Risiko, dass sein gesamtes Eigentum, einschließlich der Wertpapiere, blockiert wird.

Zu Sanktionen heißt es konkret im Gesetzestext:

Besondere wirtschaftliche Maßnahmen können darauf abzielen:

1) die Aussetzung der Durchführung aller oder eines Teils der Programme im Bereich der wirtschaftlichen und technischen Hilfe sowie der Programme im Bereich der militärisch-technischen Zusammenarbeit;

2) das Verbot (die Beschränkung) von Finanztransaktionen in Bezug auf gesperrte Personen und (oder) das Einfrieren (die Sperrung) von Geldmitteln und (oder) anderen Vermögensgegenständen, die gesperrten Personen gehören, sowie von Finanztransaktionen, die im Interesse und (oder) zugunsten von gesperrten Personen durchgeführt werden

3) das Verbot oder die Festlegung von Beschränkungen für wirtschaftliche Transaktionen im Ausland;

4) über die Beendigung oder Aussetzung von internationalen Handelsabkommen und anderen internationalen Abkommen der Russischen Föderation im Bereich der Außenwirtschaftsbeziehungen;

5) über die Änderung der Ausfuhr- und (oder) Einfuhrzölle;

6) das Verbot oder die Beschränkung des Einlaufens von Schiffen in die Häfen der Russischen Föderation und der Nutzung des Luftraums der Russischen Föderation oder bestimmter Gebiete davon;

7) die Auferlegung von Beschränkungen für die Durchführung von touristischen Aktivitäten;

8) das Verbot der Teilnahme an internationalen wissenschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Programmen und Projekten sowie an wissenschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Programmen und Projekten eines ausländischen Staates";

Originaltext:

[Федеральный закон от 04.08.2023 № 422-ФЗ · Официальное опубликование правовых актов \(pravo.gov.ru\)](#)

[Федеральный закон от 4 августа 2023 года № 422-ФЗ "О внесении изменений в отдельные законодательные акты Российской Федерации" - Российская газета \(rg.ru\)](#)

Eine deutsche Übersetzung können Sie im Ost-Ausschuss anfordern.

Putin lässt fast 40 Doppelbesteuerungsabkommen aussetzen

Kremlchef Wladimir Putin hat Steuerabkommen mit 38 Ländern, die Russland als „unfreundlich“ eingestuft hat, aussetzen lassen. Der seit Wochen angekündigte Erlass wurde am 8. August veröffentlicht. Betroffen sind demnach Doppelbesteuerungsabkommen mit den USA und mehreren EU-Staaten, darunter Deutschland, sowie die Schweiz.

Moskau begründete den Schritt mit angeblichen „Verstößen gegen die legitimen wirtschaftlichen und sonstigen Interessen der Russischen Föderation“. Putin wies die Regierung an, einen entsprechenden Gesetzentwurf auszuarbeiten und dem Parlament vorzulegen.

Der Erlass bedeutet eine Aussetzung, aber keine diplomatische Kündigung der Abkommen. Experten weisen darauf hin, dass eine Kündigung erst zum 1. Januar 2025 rechtswirksam geworden wäre. Der Erlass hingegen bedeutet, dass das russische Außenministerium betroffene Ländern Noten zur einseitigen Aussetzung einzelner Bestimmungen des Doppelbesteuerungsabkommens übergeben soll und dass jetzt Änderungen der Föderalen Steuergesetzgebung Russlands vorzunehmen sind. Beides dürfte zeitnah erfolgen, womit die Maßnahmen deutlich schneller in Kraft treten werden.

Originaltext:

[Указ Президента Российской Федерации от 08.08.2023 № 585 · Официальное опубликование правовых актов \(pravo.gov.ru\)](#)

Eine deutsche Übersetzung können Sie gerne im Ost-Ausschuss anfordern.

Zu den wirtschaftlichen Folgen des Beschlusses zu Doppelbesteuerungsabkommen teilen wir mit Ihnen hiermit eine Einschätzung des Rechtsexperten Patrick Pohlitz von RSP International:

Mit Präsidialerlass Nr.585 wurden bei insgesamt 38 DBA mit unfreundlichen Staaten, darunter Deutschland, Regelungen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung ausgesetzt. Damit entfallen reduzierte Steuersätze bei Dividendenausschüttungen und es kommt zu einer russischen Quellensteuerbesteuerung bei Zinsen und Lizenzen.

Im Ergebnis wurden mit dem Präsidialerlass Nr.585 vom 08.08.2023 die Zuweisungsnormen der DBA (beim DBA Deutschland, Russland) Art. 5-22, das steuerliche Diskriminierungsverbot nach Art.24 DBA sowie die Regelungen im Protokoll zum DBA (beim DBA Deutschland, Russland Punkte 2-7) einseitig ausgesetzt. Dies führt u.a. (nicht abschließend) zu folgenden Konsequenzen aus deutscher Sicht:

- *Aufhebung der Betriebsstättenregelungen, einschließlich der Zwölf-Monatsfrist, bei Bau- und Montage-Betriebsstätten (Art.5 Abs.3, 7 DBA);*
- *Aufhebung der Sonderregelungen für den internationalen See- und Luftverkehr einschließlich Containertransport (Art. 8 DBA)*
- *Wegfall des Schachtelprivileg und dem reduzierten Quellensteuersatz von 5% bei Dividenden (Art. 10 DBA);*

- *Quellenbesteuerung in Höhe von 20 Prozent bei Zinsen (Art. 11 DBA) sowie Lizenzgebühren (Art. 12 DBA), nach den Zuweisungsnormen erfolgte die Besteuerung bisher im Ansässigkeitsstaat des Rechteinhabers,*
- *Quellenbesteuerung bei Anteilsveräußerungen von Immobiliengesellschaften, Veräußerung beweglichen und unbeweglichen Vermögens (Leasing),*
- *Wegfall der Privilegierungen bei der grenzüberschreitenden Arbeitnehmerbesteuerung, insbesondere Unterscheidung zwischen Tätigkeitsstaat und Ansässigkeitsstaat, einschließlich der 183 Tage Regelung (Art. 15 DBA),*
- *Wegfall der Gewinnkorrekturvorschriften nach Art. 7,9 DBA, betrifft Verrechnungspreise,*
- *Wegfall der Regelungen aus dem Protokoll betreffend: besondere Gewinnzuweisungen bei Bauausführungen und Montagebetriebsstätten sowie Planungs-, Projektierungs-, Konstruktions-, Forschungsarbeiten und anderen technischen Dienstleistungen,*
- *Zins- und Werbungskostenabzug*
- *Stille Gesellschafter und partiarische Darlehen*
- *Kassenstaatsprinzip bei entsandten Mitarbeitern staatlicher und semistaatlicher Einrichtungen (Goethe-Institut, DAAD u.a.) sowie Hilfsprogrammen*

Damit verbleibt aus russischer Sicht eine Hülle des jeweiligen DBA, die u.a. Verständigungsverfahren (Art.25 DBA) sowie den Informationsaustausch (Art.26 DBA), allerdings auch weiterhin die Anrechnung ausländischer Steuern (Art.23 DBA) erlaubt. Dies ist insbesondere dahingehend relevant, da nach dem bisherigen russischen Recht bei natürlichen Personen, anders als bei juristischen Personen, eine Anrechnung der im Ausland entrichteten Einkommensteuer nur bei einem bestehenden DBA zulässig ist. Damit wird die Vermeidung der Doppelbesteuerung, wie auch in allen anderen Fällen, nach Wegfall der betreffenden DBA-Regelungen auf die nationale Ebene verschoben, also in der RF nach Art.232 bzw. Art. 311 NKRF und in Deutschland §§ 34c EStG, 26 KStG (Anrechnungs- und Abzugsmethode) realisiert.

Die russische Regierung wurde in dem Präsidialerlass darüber hinaus bevollmächtigt, Maßnahmen zur Abmilderung der Rechtsfolgen für die russische Wirtschaft zu erlassen. Interessant ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen, dass Art. 29 DBA Deutschland Russland (Geltungsdauer) nicht ausgesetzt wurde, der eine sechs-monatige Kündigungsfrist zum Jahresende vorsieht, die am 30.06.2023 für dieses Kalenderjahr abgelaufen ist.

[Russland - Aussetzung der DBA mit unfreundlichen Staaten \(rsp-i.info\)](https://www.rsp-i.info)

Gewinnsteuer für Großunternehmen

Unternehmen, deren Gewinn vor Steuern eine Milliarde Rubel übersteigt, müssen eine Steuer von 10 Prozent zahlen. Die Zahlung muss bis spätestens 28. Januar 2024 erfolgen. Wenn sie vor dem 30. November erfolgt, wird der Satz halbiert.

Dies sind die wichtigsten Inhalte eines Gesetzes, das der russische Präsident Wladimir Putin jetzt unterzeichnet hat. Das Dokument wurde nach Informationen des russischen

Hintergrund sei gut beraten, wer schnellstmöglich Strategien zum bestmöglichen Krisenmanagement entwickelt. Dazu gehörten in erster Linie die Planung und Durchführung eines Ausstiegs aus Russland in einer Weise, die Entschädigungsansprüche nicht ausschließt oder sonst unterminiert. Daneben sollte die mögliche Deckung durch eine Versicherung gegen politische Risiken geprüft werden. Vorsorge zum Beispiel gegen kriegerische Ereignisse und Verstaatlichungen lässt sich nämlich nicht nur durch staatliche Exportkreditgarantien, sondern auch im privaten Versicherungswesen treffen.

Die beiden Autoren weisen in ihrem Beitrag dazu auf Entschädigungsansprüche im Rahmen bestehender Investitionsschutzabkommen hin, die Russland mit vielen Ländern abgeschlossen hatte:

„Im Anwendungsbereich geeigneter bilateraler Investitionsschutzabkommen (BITs) zwischen dem jeweiligen Heimatstaat und Russland sind direkte Enteignungen ohne ausreichende Entschädigung, unter Umständen aber auch schon Maßnahmen unterhalb dieser Schwelle, typischerweise unzulässig.

Im Detail unterscheidet sich das Schutzniveau in den über 60 in Kraft stehenden BITs Russlands, wobei etwa die Abkommen mit Dänemark, Frankreich und Japan Russland weitergehende Verpflichtungen auferlegen als jenes Österreichs. Auch Letzteres sieht aber für Enteignungen eine Entschädigung im Ausmaß des realen Werts der Investition sowie den freien Transfer von Zahlungen im Zusammenhang mit Investitionen, wie etwa Erträgen, vor.

Ist ein Schiedsspruch erreicht, stellt sich die Frage nach einer effektiven Vollstreckung des Zuerkannten. Ist ein Staat Schuldner, bildet nicht der Staatenimmunität unterliegendes und im Ausland belegenes Vermögen wie für nichthoheitliche Zwecke genutzte Immobilien, Unternehmensbeteiligungen, Zinszahlungen aus Anleihen, (Luft-)Fahrzeuge und Schiffe den klassischen Vollstreckungsfonds. Zusätzlich haben westliche Nationen Berichten zufolge mehr als 300 Milliarden Dollar an Geldern der russischen Zentralbank eingefroren. Davon liegen allein in Belgien mindestens 100 Milliarden Euro. Der Zugriff auf diese Gelder ist von der Zurechnung zum russischen Staat, dessen Immunität und weiteren völkerrechtlichen Hürden abhängig. Diese Faktoren können Verfahren zwar in die Länge ziehen, machen sie aber nicht aussichtslos. Zudem werden Entschädigungen zwischenzeitlich verzinst und Verfahrenskosten unter Umständen abgegolten.“

Seit Russlands Annexion der Krim 2014 hätten ukrainische Investoren bereits mehrere Schiedssprüche gegen Russland erzielt. Dem staatlichen Energiekonzern Naftogaz sei etwa eine Summe von mehr als vier Milliarden Euro plus Zinsen zugesprochen worden. Auch Fortum bereite bereits eine Klage vor. Andere Unternehmen überlegten nachzuziehen, sodass weitere Klagen zu erwarten seien.

[Warum westliche Unternehmen in Russland in der Zwickmühle sind - Recht - derStandard.de](https://www.derstandard.de/story/20190307/warum-westliche-unternehmen-in-russland-in-der-zwickmuehle-sind-recht) › [Wissen und Gesellschaft](#)

Die Risiken für westliche Unternehmen in Russland nehmen zu

Als Russland im Februar 2022 seine umfassende Invasion in der Ukraine begann, verließen zahlreiche westliche Unternehmen aus Protest das Land. Doch einige der größten Firmen der Welt - darunter Nestlé, Heineken und der Süßwarenhersteller Mondelez - blieben vor Ort. Mehr als ein Jahr später befinden sich die Unternehmen, die sich für einen Verbleib in Russland entschieden haben, in einer zunehmend heiklen Lage: Die Abwanderung ist teurer und komplexer geworden, während der Verbleib riskanter geworden ist.

Die Unternehmen befinden sich nun in der Zwickmühle zwischen westlichen Sanktionen und öffentlicher Empörung auf der einen Seite und einer zunehmend feindseligen russischen Regierung auf der anderen Seite. Der Kreml erschwert westlichen Firmen den Verkauf ihrer russischen Vermögenswerte und erhebt in diesem Fall hohe Rabatte und Strafzölle.

Die Erfahrungen des französischen Joghurtherstellers Danone (DANOY) und der dänischen Brauerei Carlsberg (CABGY) sind ein abschreckendes Beispiel für die Art von weitreichenden staatlichen Eingriffen, die auch andere ausländische Unternehmen treffen könnten, die sich aus Russland zurückziehen wollen.

Beide Unternehmen waren gerade dabei, Verkäufe an lokale Käufer abzuschließen, als Präsident Wladimir Putin Anfang des Monats eine Anordnung zur Verstaatlichung ihrer lokalen Vermögenswerte unterzeichnete.

Carlsberg sagte, die Entwicklung bedeute, dass die Aussichten für den Verkauf seiner Baltika-Brauereien - eines der größten Konsumgüterunternehmen Russlands - nun "höchst unsicher" seien.

Danone teilte am Mittwoch mit, dass es eine Abschreibung von 200 Mio. € (221 Mio. \$) auf sein Russland-Geschäft vornehmen werde, zusätzlich zu einer zuvor gemeldeten Abschreibung von 500 Mio. € (554 Mio. \$). Das Unternehmen fügte hinzu, dass es zwar der „rechtliche Eigentümer“ bleibe, aber "nicht mehr die Kontrolle über das Management" des Geschäfts behalte.

Das „Zeitfenster für einen Ausstieg aus Russland ist fast geschlossen“, sagte Maria Shagina, Sanktionsexpertin am Internationalen Institut für Strategische Studien, gegenüber CNN. "Westliche Unternehmen sind jetzt zwischen einem Felsen und einem harten Ort gefangen."

Nach Angaben von Forschern der Universität Yale haben sich mehr als 1.000 ausländische Unternehmen seit Ausbruch des Krieges aus Russland zurückgezogen oder ihre Geschäftstätigkeit eingestellt.

Angeführt von den weitreichenden westlichen Sanktionen führten Ölfirmen, Automobilhersteller, Technologieunternehmen, Beratungsfirmen und Banken die erste Welle von Abgängen an. McDonald's (MCD) verkaufte mehr als 800 lokale Restaurants und schrieb dabei weit über 1 Milliarde Dollar ab.

BP (BP) musste 24,4 Mrd. USD abschreiben, weil es seine 19,75 %ige Beteiligung an Rosneft, dem größten russischen Ölkonzern, aufgab. Dieser Schritt ging auch zu Lasten der Öl- und Gasreserven des britischen Energieriesen.

Doch selbst nach dem Massenexodus der Großkonzerne gehen die Forscher aus Yale davon aus, dass mehr als 200 Unternehmen aus aller Welt ihre Geschäfte in Russland wie gewohnt weiterführen.

Weitere 178 Firmen „kaufen Zeit“, d. h. sie haben neue Investitionen ausgesetzt und ihre Aktivitäten zurückgefahren, sind aber weiterhin im Land präsent.

Unilever (UL), Nestlé, Mondelēz und Procter & Gamble (PG) - die größten Konsumgüterunternehmen der Welt - fallen in diese Kategorie.

Die genauen Gründe, die jedes Unternehmen für seinen Verbleib in Russland angibt, variieren zwar, aber zu den gemeinsamen Themen gehören die Sorge um das Wohlergehen der Mitarbeiter und ihrer Familien in Russland sowie die Verpflichtungen gegenüber lokalen Partnern, einschließlich der Landwirte. Die Unternehmen behaupten auch, dass sie die Bevölkerung mit lebenswichtigen Gütern versorgen, und einige argumentieren, dass der Verzicht auf ihre russischen Anlagen die Kriegskasse des Kremls nur aufbessern würde, da sie ihm leichten Zugang zu neuen Einnahmequellen verschafft.

Allerdings ist ein Verkauf nicht ganz einfach und mit hohen Strafen verbunden. Die Unternehmen sind verpflichtet, ihre Vermögenswerte mit einem Abschlag von 50 % auf den Marktwert zu verkaufen und dem Kreml eine beträchtliche Gebühr zu zahlen. US-Unternehmen bräuchten eine Genehmigung des Finanzministeriums, um eine solche Gebühr zu zahlen, so die im März vom Office of Foreign Assets Control herausgegebene Anleitung.

Westliche Sanktionen gegen fast 2.000 Personen und Unternehmen erschweren die Suche nach legitimen Käufern zusätzlich.

Ein Unternehmen, das einen potenziellen Käufer für sein Russlandgeschäft gefunden hat, ist Heineken (HEINY). Der niederländische Bierhersteller teilte CNN letzte Woche mit, dass er auf die Genehmigung der lokalen Behörden für den Verkauf warte. Er sagte, er erwarte einen "erheblichen finanziellen Verlust" aus dem Geschäft. Unilever hingegen behauptet, dass ein Verkauf nicht in Frage kommt. „Wir haben nicht die Absicht, einen weiteren Beitrag zur Kapazität des russischen Staates zu leisten“, sagte Unilever-CEO Hein Schumacher am Dienstag vor Journalisten.

Mit diesem Ziel vor Augen sei das Unternehmen, das 2022 3,8 Milliarden Rubel (42,2 Millionen Dollar) an Steuern an die russische Regierung zahlte, nicht in der Lage gewesen, eine "tragfähige Lösung" zu finden, die einen Verkauf seiner Aktivitäten in dem Land beinhaltet, fügte er hinzu.

Die Aufgabe des Geschäfts in Russland, das Vermögenswerte in Höhe von 800 Millionen Euro (884 Millionen Euro), darunter vier Fabriken, umfasst, würde nur das Risiko einer Verstaatlichung erhöhen, so dass Unilever keine andere Wahl hat, als den Betrieb aufrechtzuerhalten, sagte Schumacher.

„Keine der Optionen ist wirklich gut, aber ... in einer eingeschränkten Weise zu arbeiten ist die am wenigsten schlechte.“

Ein Sprecher von Nestlé, das sechs Fabriken und rund 7.000 Mitarbeiter in Russland hat, erklärte gegenüber CNN, das Unternehmen habe seine Produktpalette in dem Land „drastisch reduziert“, um nur noch „essentielle und grundlegende Lebensmittel für die Menschen vor Ort“ anzubieten.

Procter & Gamble reagierte nicht auf eine Anfrage nach einem Kommentar, aber das Unternehmen sagte zuvor, es werde sich auf grundlegende Gesundheits-, Hygiene- und Körperpflegeartikel konzentrieren, die von den vielen russischen Familien benötigt werden, die in ihrem täglichen Leben darauf angewiesen sind“.

Mondelez sagte im Juni, dass es plane, das Russland-Geschäft bis Ende des Jahres mit einer autarken Lieferkette eigenständig zu machen. "Wenn wir unser gesamtes Geschäft aussetzen würden, würden wir riskieren, unser gesamtes Geschäft an eine andere Partei zu übergeben, die den gesamten Erlös für ihre eigenen Interessen verwenden könnte", fügte es hinzu.

Das Vorgehen des Kremls gegenüber Danone und Carlsberg - und davor gegenüber dem deutschen Energieunternehmen Uniper und dem finnischen Unternehmen Fortum Oyj, dessen russische Versorgungsbetriebe im April beschlagnahmt wurden - macht jedoch deutlich, dass selbst Unternehmen, die an Ort und Stelle bleiben, ins Visier der Verstaatlichung geraten könnten.

Für den Yale-Professor Jeffrey Sonnenfeld, der das Team leitet, das die Reaktionen ausländischer Unternehmen auf den Krieg verfolgt, ist der Rückzug die einzig legitime Option. "Die Idee ist, den Grad des Unbehagens zu erhöhen, so dass [die russische Bevölkerung] anfängt, sich zu fragen, wer der Urheber ihres Unglücks ist", sagte Sonnenfeld Anfang des Monats gegenüber CNN.

[Why are so many Western firms staying put in Russia, despite the rising risks? | CNN Business](#)

Liefert die Ukraine Titan an Russland?

Russland dominiert als Herkunftsland mit rund 15 Prozent Anteil an Reserven und als Hersteller mit 30 Prozent Anteil an der Produktion den globalen Titanmarkt. Der Konzern VSMPO-Avisma mit Sitz in Jekaterinburg ist darüber hinaus der weltgrößte Titanproduzent. Zusätzlich scheint Russland den wertvollen Rohstoff auch noch aus der Ukraine zu beziehen, die ebenfalls große Reserven hat. Laut Berliner Zeitung gelangt das Metall über Zwischenhändler in Osteuropa nach Russland. Eine aktuelle Recherche des Portals RBC-Ukraine zufolge, bezieht die russische Verteidigungsindustrie weiterhin Rohstoffe für die Titanproduktion aus der Ukraine.

Weil die Ukraine selbst keine Fertigprodukte aus dem Titan herstellt, exportiere das Land Titankonzentrate an andere Länder, die diese verarbeiten und verwenden. Während des Krieges exportierte das staatliche Vereinigtes Bergbau- und Chemieunternehmen (United Mining and Chemical Company, oder UMCC Titanium) von Juli 2022 bis April 2023 angeblich 82.200 Tonnen titanhaltiger Erze. Ein guter Teil dieser Lieferungen ist laut geleakten Dokumenten an die Zwischenunternehmen mit Sitz in Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei gegangen. Bemerkenswert dabei sei es, schreibt das Portal, dass diese Unternehmen russische Staatsbürger als Gründer hätten

Ein Käufer von Titantetrachlorid, die Firma Nadezda (Russisch: Hoffnung) Invest mit Sitz in Budva in Montenegro, bereitet den ungenannten Quellen des ukrainischen Portals besondere Sorgen. Die Firma wird der Recherche zufolge von Personen unter den Namen Sergej Orechow und Wladislaw Netscheporenko mitgegründet. Zumindest Orechow könnte nach der Etymologie des Nachnamens Russe sein. Darüber hinaus kaufte das österreichische Unternehmen LL Resources GmbH unter der Leitung des russischen Staatsbürgers Anatolij Saitsew aus Sankt Petersburg. Saitsew habe seinen Wohnsitz in Österreich und sei ein Vertrauter des ukrainischen Oligarchen Dmytro Firtasch, behauptet RBC-Ukraine. Firtasch seinerseits gehörte unter dem Präsidenten Wiktor Janukowytsch dem UMCC Titanium an und ist für enge Kontakte nach Russland bekannt.

Die russische Verbindung erstreckt sich laut dem Bericht auch auf die Firma Cytleon s.r.o. mit Sitz in Tschechien, die im August 2022 Titanschlacke aus der Ukraine kaufte und vom russischen Staatsbürger mit Moskauer Anmeldung, Leonid Tsylenok, mitgegründet wurde.

[„Wissentlich oder fahrlässig“: Wie die Ukraine Russlands Rüstungsindustrie hilft \(berliner-zeitung.de\)](#)

Besitz von Goldman Sachs eingefroren

Ein Moskauer Gericht hat einem Bericht der Financial Times zufolge Vermögenswerte von Goldman Sachs im Wert von 36 Millionen Dollar eingefroren, nachdem die russische Bank Otkritie Klage gegen das Unternehmen eingereicht hatte. Otkritie wirft Goldman Sachs vor, sich zu weigern, seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, die Goldman Sachs nach eigenen Angaben aufgrund der US-Sanktionen nicht erfüllt hat.

Zu den eingefrorenen Vermögenswerten gehören eine fünfprozentige Beteiligung an Russlands größtem Einzelhandelsunternehmen für Kinderartikel, Detsky Mir, im Wert von 27 Millionen Dollar sowie kleinere Anteile an Sberbank, VTB, Gazprom, Lukoil, Aeroflot und Magnit.

Russland verliert Unsummen an Kapital seit Kriegsbeginn

Laut einer Meldung von OstInsider Daily verlor Russland seit Ausbruch des Krieges Kapital in Rekordhöhe. Das Medium beruft sich auf Angaben der russischen Zentralbank.

Demnach wurden seit dem Beginn der Invasion in der Ukraine im Jahr 2022 rekordverdächtige 253 Milliarden US-Dollar aus Russland abgezogen. Der Nettokapitalabfluss aus Russland von Februar 2022 bis Juni 2023 wurde vom Zentrum für makroökonomische Analysen und Prognosen der Bank berechnet, wie die „Moscow Times“ berichtete.

„Die Nettozuflüsse auf den Transaktionskonten in Höhe von 236 Milliarden Dollar und die Nettoabflüsse auf den Finanzkonten haben ein noch nie dagewesenes Niveau erreicht“, so die Experten der Bank in ihrer jetzt veröffentlichten Analyse. Die Abwanderung von 239 Milliarden Dollar aus Russland im letzten Jahr, einschließlich 13 Milliarden Dollar im Monat Januar vor der Invasion, war viermal so hoch wie der Betrag, der im Jahr 2021 aus dem Land abgezogen wurde, so die Analyse. Im Jahr 2023 wurden bisher weitere 27 Milliarden Dollar aus Russland abgezogen.

Die Rate der Kapitalflucht im Verhältnis zum BIP erreichte 2022 einen Wert von 13% und übertraf damit den bisherigen Rekord von 11 Prozent, der sowohl während der globalen Finanzkrise 2008 als auch nach der russischen Annexion der Krim durch die Ukraine im Jahr 2014 verzeichnet wurde, so der russische Dienst der „Moscow Times“. Die durchschnittliche Rate der Kapitalabflüsse in den vergangenen 13 Jahren lag laut der Publikation bei 5 Prozent. Die Geldbewegungen erreichten ein Rekordniveau, obwohl westliche Sanktionen die Transaktionen erschwerten und die russische Zentralbank den Abzug von Bargeld aus dem Ausland einschränkte.

Ölpreisdeckel durchbrochen?

Laut einem Bericht der russischen Wirtschaftszeitschrift Kommersant verliert der westliche Preisdeckel für russisches Öl an Wirkung. Russland habe sein Öl im Juli für durchschnittlich 64,4 US-Dollar pro Barrel exportieren können. Das teilte demnach das russische Finanzministerium mit, wobei es sich auf Daten des britischen Branchendienst Argus berief. Damit lag der Urals-Preis erstmals über der Preisobergrenze von 60 Dollar pro Barrel, die der Westen Ende 2022 verkündet hatte. Mittlerweile liefere Russland sein Öl größtenteils mit eigenen Schiffen an asiatische Länder wie China und Indien, die sich den westlichen Sanktionen nicht angeschlossen haben. Daher sei es ungewiss, wie der Westen noch versuchen könnte, seinen Preisdeckel durchzusetzen, schreibt Kommersant. Faktoren, die den Anstieg des Urals-Preises begünstigt haben, waren laut Experten die Förderkürzungen Russlands und der Opec-Länder sowie gesunkene Kosten für den Transport über das Meer.

[В июле стоимость Urals превысила санкционный потолок \(kommersant.ru\)](https://kommersant.ru)

Russische Klone westlicher Unternehmen

Laut einem Bericht von Business Insider tauchen in Russland immer mehr Klone westlicher Unternehmen auf, die aus Protest gegen den russischen Krieg gegen die Ukraine den russischen Markt verlassen haben. Stars Coffee ist das „neue“ Starbucks.

McDonalds heißt jetzt übersetzt „Schmeckt und Punkt“. Aus Kentucky Fried Chicken wurde Crimean Fried Chicken. Jüngstes Beispiel sei eine IKEA-Kopie namens Good Luck (Originalschreibweise: Good Lakk). Ikea „ergreift gegebenenfalls Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Ikeas Marken- und Urheberrechte von Unternehmen wie Good Luck und Swed House sowohl in den Filialen als auch online respektiert werden und bleiben“, so das Unternehmen in einer Erklärung an Business Insider. Swed House stellt seine Ikea-ähnlichen Produkte eigenen Angaben zufolge in denselben Fabriken her, die einst von dem schwedischen Unternehmen genutzt wurden. Und auch Good Luck bietet nach eigenen Angaben Produkte an, die von den ehemaligen russischen und belarussischen Zulieferern von Ikea hergestellt wurden.

Das Team, das hinter Good Luck steht, sagt, es habe an der Entwicklung des Ikea-Einzelhandels in Russland gearbeitet, und viele der dortigen Einzelhandelsmitarbeiter hätten zuvor bei Ikea gearbeitet, bevor das Unternehmen das Land verließ, berichtete die „Moscow Times“. „Der Weggang von Ikea ist kein Grund, die gewohnte Raumgestaltung aufzugeben“, schreibt Good Luck auf seiner Website.

So sehr sich Good Luck auch bemüht, das Ikea-Erlebnis zu kopieren, so scheint es doch zu scheitern: Der Raum ist viel kleiner als ein typisches Ikea – nur etwa 3.200 Quadratmeter, während Ikea-Filialen oft über 300.000 Quadratmeter groß sind. Und es gibt kein Restaurant, was bedeutet, dass russische Kunden weiter auf eine Kopie der berühmten Fleischbällchen von Ikea warten müssen.

Ein Einkäufer sagte der Moscow Times: „Das ist nicht Ikea – Punkt.“ Und im Moment verkauft Good Luck größtenteils nur Wohn- und Schlafzimmerartikel, größtenteils. Es gibt noch keine Lieferanten für Bad- und Küchenartikel, sagten Mitarbeiter des Ladens der Moscow Times.

Auch bei der Dekoration unterscheidet sich das neue Geschäft von Ikea. In einem Muster-Wohnzimmer stehen sowjetische Wörterbücher in den Regalen, während in einem Muster-Kinderzimmer russische Schreibhefte auf einem Schreibtisch liegen.

Ob überzeugende Ikea-Fälschung oder nicht, Good Luck hat bereits ehrgeizige Expansionspläne, heißt es. Auf seiner Website verkündet das Unternehmen, dass es innerhalb von drei Jahren über 1.000 Filialen in ganz Russland eröffnen will. Darüber hinaus scheint das Unternehmen um andere Möbelgeschäfte zu werben, die die Ikea-Lücke füllen möchten, und bietet über ein Formular auf seiner Website die Möglichkeit, offizieller Händler der Marke Good Luck zu werden. Es scheint, als ob sie mehr als nur Glück suchen.

[Russisches "Ikea": Neuer Klon der Möbelkette eröffnet in Moskau - Business Insider](#)

Wie gelangen US-Blockbuster in russische Kinos?

Nach Ausbruch des Ukraine-Krieges und mit Beginn der Sanktionen sah es erst einmal düster aus für die russische Kinobranche: Im ersten Kriegsjahr 2022 erlitten die größten russischen Kinoketten Verluste in Milliardenhöhe, ihre Einnahmen brachen um knapp die

Hälfte ein. Dies berichtet die Frankfurter Rundschau. Von landesweit rund 5700 Kinosälen schlossen mehr als 2300. Grund: Westliche Filmkonzerne boykottieren Russland. An den verbliebenen Standorten wurden nun vermehrt russische Filme sowie recycelte internationale Klassiker gezeigt, die Zuschauerzahlen gingen in den Keller.

Doch in der ersten Hälfte 2023 habe sich die russische Kinobranche etwas erholen können. Zunehmend wurden Sanktions-Schlupflöcher gefunden, heißt es bei der Frankfurter Rundschau. Russische Filmspielhäuser hätten auf eine Praxis zurückgegriffen, die ihnen schon durch die chaotischen 1990er-Jahre half: Sie zeigen illegale Raubkopien westlicher Filme.

Für die Umsetzung bedienen sie sich dabei einer rechtlichen Grauzone, weshalb im Russischen auch vom „grauen Filmverleih“ die Rede ist. So ist einer Recherche des Portals Medusa zufolge in vielen Regionen die sogenannte Vorabvorführung wieder in Mode gekommen, die in Russland lange Tradition hat. Dahinter steckt folgendes Konzept: Im offiziellen Programm eines Kinobetreibenden steht ein russischer Kurzfilm. Die Besuchenden kaufen Tickets – wohlwissend jedoch, dass nach dem Mini-Clip ein raubkopierter westlicher Blockbuster gezeigt wird.

Probleme gebe es jetzt aber beim internationalen Erfolgsfilm „Barbie“. Er dürfte frühestens im Herbst über die russischen Kinoleinwände flimmern, wie ein anonymes Informant der Zeitung Wedomosti sagte. Hintergrund ist demnach, dass vor einiger Zeit Verkaufs- und Lieferwege für raubkopierte Kino-Fassungen aufflogen, weshalb der Schwarzmarkt nun auf Online-Versionen von Filmen zurückgreifen muss. Die aber erscheinen erst nach der internationalen Kinopremiere – und je nachdem, wie lange ein Film an den Kinokassen gutes Geld einspielt, kann das recht lange dauern.

[Schlupflöcher gefunden: So werden Film-Sanktionen in Russland umgangen \(fr.de\)](#)

Wird Sanktionsumgehung über Kirgisistan ausgeweitet?

Die USA und die EU machen auf die russischen Nachbarn und GUS-Staaten Druck und drohen diesen mit Sekundärsanktionen, sollten sanktionierte Waren auch weiterhin über ihr Territorium nach Russland gelangen. Die kirgisischen Behörden hatten deswegen im Juli auch eine Untersuchung bei Unternehmen des Landes angekündigt, um herauszufinden, wer sich an solchen Grauimporten beteiligt. Wie nun aber die Berliner Zeitung schreibt, könnte ein neues Projekt das Ausmaß der Sanktionsumgehung weiter steigern. In der Nähe der Hauptstadt Bischkek soll demnach auf einem Grundstück mit 28,8 Hektar ein großer Lagerkomplex entstehen, der sogenannte Asia Park mit einer Lagerfläche von 163.000 Quadratmetern. Erstmals berichtete die russische Zeitung Kommersant Anfang August darüber und berief sich auf Informationen der Moskauer Beratungsfirma im Bereich Gewerbeimmobilien NF Group, die das kirgisische Projekt berät. Die Hauptanwärter für die künftige Anmietung der Flächen seien Unternehmen aus Russland, darunter Logistikbetreiber und Onlinehändler, teilte das Unternehmen mit. Hinter dem Projekt stehen nach Kommersant-Informationen die Strukturen der kirgisischen Trust KG.

Der Generaldirektor des Trusts ist laut der russischen Datenbank für Unternehmen Spark ein gewisser Zhanybek Myrzabaev. Wie kirgisische Medien herausfanden, ist er der Neffe des kirgisischen Politikers und Öl-Oligarchen Ömürbek Babanow, der früher Ministerpräsident der Republik war. Laut dem Geschäftsführer des Asia Parks, Kirill Shevchenko, werde der Lagerkomplex im Besitz der Asia Park CJSC sein. Shevchenko dementierte gegenüber dem kirgisischen Portal Kloop ebenfalls die Information, man baue das Lager für russische Firmen. Nein, man baue Asia Park für Kirgisistan, die eigene Supermarktkette Asia Retail und für Pharmaunternehmen, die ein neues Gesetz zum Umzug in gute Lager mit Kühl- und Gefriergeräten verpflichtete, so Shevchenko.

Und trotzdem ist die Fläche des Parks sehr beeindruckend für ein Land wie Kirgisistan, schreibt die Berliner Zeitung. Ein Geschäftspartner der NF Group erklärte gegenüber der russischen Zeitung Kommersant, dass das Qualitätsangebot an Lagern im Land derzeit nur 46.000 Quadratmeter betrage und sich mit dem Bau des neuen Parks bei Bischkek um das Vierfache vergrößern werde.

Eindeutig ist: Das Interesse der russischen Wirtschaft an Lagerhäusern in den Nachbarländern wächst seit einem Jahr stark aufgrund der durch Sanktionen erzwungenen Änderung der Logistikketten und der Entwicklung von sogenannten Parallelimporten. Das Interesse der russischen Importeure an den Lagerkapazitäten in Kirgisistan wäre allerdings nicht nur mit den Importen von sanktionierten Waren in Verbindung zu bringen. Der russische Handel mit China nimmt zu, und Kirgisistan wird verstärkt als Zwischenstation für die Importe von Rohstoffen für die Leicht- und Automobilindustrie genutzt. Der geplante Bau der Eisenbahnstrecke China–Kirgisistan–Usbekistan könnte zudem die Rolle des Landes in der Transportlogistik stärken.

[Ukraine-Krieg: Nach Drohung der USA – Kirgisistan baut ein Lager für mehr Russland-Exporte \(berliner-zeitung.de\)](https://www.berliner-zeitung.de/ukraine-krieg-nach-drohung-der-usa-kirgisistan-baut-ein-lager-fuer-mehr-russland-exporte-berliner-zeitung.de)

Boom der britischen Exporte nach Kirgisistan weckt neue Bedenken wegen Umgehung von Kriegssanktionen

Die britischen Warenexporte in das mit Russland über die Eurasische Wirtschaftsunion verbundene Kirgisistan sind in den zwölf Monaten bis März 2023 um mehr als 4.000 Prozent gestiegen. Das schiere Ausmaß der Handelsausweitung hat neue Befürchtungen ausgelöst, dass Moskau die Sanktionen bequem umgeht, um westliche Waren zu erhalten.

Aus den Handelsdaten der britischen Regierung geht hervor, dass der außergewöhnliche Anstieg der Lieferungen nach Kirgisistan ungefähr im gleichen Zeitraum erfolgte, in dem sich auch die kirgisischen Exporte nach Russland verdoppelten. Für Analysten liegt der Schluss nahe, dass britische Waren nach Kirgisistan exportiert und von dort nach Russland reexportiert werden. Ähnliche Schlussfolgerungen wurden für EU-Waren gezogen, nachdem Zahlen veröffentlicht worden waren, die eine Ausweitung des Handels in der gleichen Größenordnung zeigten. Aus Besorgnis über diese Handelsströme hat das US-Finanzministerium am 20. Juli 18 Einzelpersonen und mehr als 120 Unternehmen mit Sitz

in Kirgisistan und Russland aufgelistet, gegen die es Sanktionen wegen des Ukraine-Kriegs verhängt hat.

Ein großes Problem für westliche Beamte sind Güter mit doppeltem Verwendungszweck, die von zivilen Auftragnehmern bestellt werden können, die sie dann für Zwecke der Rüstungsindustrie umleiten können.

Die Ausfuhren von Maschinen aus dem Vereinigten Königreich nach Kirgisistan, darunter Stromgeneratoren und Straßenfahrzeuge - jedoch keine Autos - nahmen im Berichtszeitraum erheblich zu. Zu den weiteren Exportgütern gehörten "Büromaschinen" und "allgemeine Industriemaschinen".

[bne IntelliNews - Boom in UK exports to Kyrgyzstan sparks fresh war sanctions evasion concerns](#)

Russland will Marktanalysen einschränken

Die russische Duma hat ein Verbot für die Durchführung von Marktforschungen durch westliche Unternehmen beantragt. Laut einem jetzt vorgelegten Gesetzentwurf dürfen Organisationen, die den russischen Verbrauchermarkt erforschen, nur noch in Russland registriert sein oder müssen sich zu mindestens 80 Prozent im Besitz eines in Russland registrierten Unternehmens oder einer Einzelperson befinden. Ihre Datenbanken und Forschungseinrichtungen müssen sich auf russischem Territorium befinden, und das Unternehmen ist verpflichtet, ausländische Sanktionen zu ignorieren. Dies berichtet das englischsprachige Portal The Bell.

Die Verfasser des Gesetzentwurfs sind der Meinung, dass ausländische Forschungsunternehmen Spione und Komplizen des Sanktionsregimes sind, wie aus ihren Kommentaren hervorgehe.

Die Ausweisung westlicher Marktforscher sei ein weiterer Stein in der Mauer der wirtschaftlichen Isolation Russlands, schreibt The Bell. Dies werde den Behörden ermöglichen, noch mehr Daten zu verbergen, während sie Unternehmen daran hindern, den Markt richtig zu verstehen und entsprechend zu planen.

[Market research is the latest victim of Russia's spy obsession \(thebell.io\)](#)

Yandex-Mitbegründer Wolosch kritisiert russische Regierung scharf

Der Mitbegründer des russischen Internetriesen Yandex , Arkadi Wolosch, hat nach Angaben von Reuters die von ihm als „barbarisch“ bezeichnete Invasion Russlands in der Ukraine verurteilt, nachdem er in Russland wegen seiner offensichtlichen Bemühungen, sich von dem Land zu distanzieren, kritisiert wurde.

Wolosch beschrieb sich auf einer persönlichen Website als „in Kasachstan geborener, israelischer Tech-Unternehmer“, was in den russischen Medien und auf der Nachrichtenplattform Telegram Kritik hervorrief, weil er seine Verbindungen zu Russland offenbar herunterspielte. Er wurde auch von den Gegnern des russischen Vorgehens kritisiert, weil er sich nicht energischer gegen den Krieg ausgesprochen hat.

„Der Einmarsch Russlands in die Ukraine ist barbarisch, und ich bin kategorisch dagegen“, sagte Wolosch in einer Erklärung. „Ich bin entsetzt über das Schicksal der Menschen in der Ukraine - viele von ihnen sind meine persönlichen Freunde und Verwandten - deren Häuser jeden Tag bombardiert werden. „Obwohl ich 2014 nach Israel gezogen bin, muss ich meinen Teil der Verantwortung für die Handlungen des Landes übernehmen“, schrieb Wolosch, der sowohl einen russischen als auch einen israelischen Pass besitzt.

Wolosch baute Yandex in Russland auf, schuf das größte Technologieunternehmen des Landes und brachte es schließlich 2011 an die US-amerikanische Nasdaq-Börse. Er trat dann als CEO zurück und verließ den Vorstand, nachdem die Europäische Union ihn im Juni 2022 auf ihre Liste der Sanktionen gegen russische Unternehmen und Personen gesetzt hatte. Wolosch bezeichnete die Entscheidung der EU als „fehlgeleitet“. Yandex verfolgt eine Unternehmensumstrukturierung, die letztlich die Ausgliederung der wichtigsten umsatzbringenden Geschäftsbereiche innerhalb Russlands aus der in den Niederlanden registrierten Muttergesellschaft Yandex NV vorsieht.

5. USA

Neue Sanktionen gegen Alfa Group und russischen Wirtschaftsverband

Das Office of Foreign Assets Control OFAC hat am 11. August vier russische Einzelpersonen und ein Unternehmen neu sanktioniert:

Neu sanktioniert wurden Petr Olegovich Aven, Mikhail Maratovich Fridman, German Borisovich Khan und Alexey Viktorovich Kuzmichev, die alle im Aufsichtsrat des Alfa Group Consortium, einem der größten Finanz- und Investitionskonglomerate Russlands, tätig waren.

Sanktioniert wurde zudem der russische Arbeitgeberverband „Russian Union of Industrialists and Entrepreneurs“, eine in Russland ansässige Organisation, die im Technologiesektor tätig ist.

[Treasury Imposes Sanctions on Russian Elites and a Russian Business Association | U.S. Department of the Treasury](#)

FAQ 1131 stellt dazu klar, dass die LetterOne Holdings SA nicht als Ergebnis der heutigen Benennungen benannt wird. Sie befindet sich nicht zu 50 Prozent oder mehr im Besitz von gesperrten Personen und wird auch nicht anderweitig als gesperrtes Eigentum der benannten Personen betrachtet.

[1131 | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](#)

Ausweitung der Belarus-Sanktionen

Anlässlich des dreijährigen Jahrestags der belarussischen Präsidentschaftswahlen 2020 und der gewaltsamen Niederschlagung der anschließenden Protestbewegung, hat das Office of Foreign Assets Control OFAC acht natürliche und fünf juristische Personen sanktioniert und ein Flugzeug als gesperrtes Eigentum klassifiziert. Nach eigenen Angaben des US-Finanzministeriums richten sich die Maßnahmen, die mit den internationalen Partnern der USA koordiniert wurden, gegen mehrere Einrichtungen, „die an der fortgesetzten Unterdrückung der Zivilgesellschaft durch das belarussische Regime, der Komplizenschaft mit dem ungerechtfertigten Krieg der Russischen Föderation in der Ukraine und der Bereicherung des repressiven belarussischen Regimechefs Aljaksandr Lukaschenka beteiligt sind“. Betont wird die Auffassung, „dass die anhaltende Unterdrückung der belarussischen Bevölkerung und die fortgesetzte Unterstützung des russischen Krieges gegen die Ukraine weiterhin ein weltweites Problem darstellen.“

Zu den sanktionierten Personen und Einrichtungen gehören nach Angaben des OFAC drei staatliche Unternehmen, der Direktor und eine Tochtergesellschaft eines dieser Unternehmen, eine Behörde der belarussischen Regierung und vier ihrer Mitarbeiter, drei Personen, die das Lukaschenka-Regime bei der Umgehung von Sanktionen unterstützen, sowie ein Flugzeug, das als gesperrtes Eigentum identifiziert wurde.

"Die heutigen Maßnahmen stören die staatlichen Unternehmen und die wichtigsten Regierungsbeamten, auf die sich das autoritäre Lukaschenka-Regime verlässt, um beträchtliche Einnahmen zu generieren, mit denen es seine äußerst undemokratische und repressive Politik unterstützt", sagte der Unterstaatssekretär des Finanzministeriums für Terrorismus und Finanzkriminalität, Brian Nelson. "Im Einklang mit unseren Partnern und Verbündeten werden wir weiterhin sicherstellen, dass das Regime einen Preis für seine abscheuliche Behandlung seiner eigenen Bürger zahlt und dass unsere Maßnahmen als Reaktion auf die russische Aggression nicht über Belarus umgangen werden können.

Von den Maßnahmen betroffen sind:

- OJSC Belavia Belarusian Airlines
- das Flugzeug Candair Regional Jet CR-200ER, das von Belavia betrieben wird
- OJSC Minsk Civil Aviation Plant 407, ein staatlicher Hersteller und Reparatuer von Flugzeugkomponenten
- JSC Byelorussian Steel Works Management Company of Holding Byelorussian Metallurgical Company und deren Generaldirektor Dmitriy Aleksandrovich Korchik
- BEL-KAP-STEEL LLC, ein in den USA ansässiges Joint Venture mit Byelorussian Steel Works
- Dzmitry Aleksin, Vital Aleksin und Ina Aleksina, die Söhne und die Ehefrau des bereits sanktionierten belarussischen Geschäftsmanns Aliaksey Aleksin
- die Abteilung für Finanzermittlungen des Staatlichen Kontrollkomitees der Republik Belarus, deren Abteilung für Finanzüberwachung sowie die Mitglieder der Abteilung, Igor Anatolievich Marshalov, Victor Frantsevich Selitskiy, Viktor Ivanovich Franskevich und Artem Konstantinovich Dunko.

Hier die Übersicht:

[Counter Narcotics Designations; Belarus Designations; Issuance of Belarus General Licenses | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](#)

Darüber hinaus erteilte das OFAC zwei General Licenses, mit denen die Abwicklung von Geschäften mit Byelorussian Steel Works und Belavia Belarusian Airlines genehmigt wurde:

General License 8:

[download \(treasury.gov\)](#)

General License 9:

[download \(treasury.gov\)](#)

Das US-Außenministerium verhängte zudem Visabeschränkungen gegen 101 Regierungsbeamte und mit ihnen verbundene Personen, darunter mehrere Richter, die für politisch motivierte Urteile verantwortlich sein sollen.

[Belarus: USA verhängen neue Sanktionen – auch gegen staatliche Fluglinie - DER SPIEGEL](#)

US-Report zu chinesischer Unterstützung für Russland

Ende Juli veröffentlichte das Office of the Director of National Intelligence einen Bericht, aus dem hervorgeht, dass China seine Importe von russischem Öl und Gas erhöht hat und Indien als größten Abnehmer von russischem Rohöl überholt hat. Zudem wird angenommen, dass China Russland „wahrscheinlich“ mit Schlüsseltechnologie und Dual-Use-Ausrüstung beliefert, die in der Ukraine eingesetzt wird. Zudem wird angenommen, dass Firmen aus der Volksrepublik (VR) China „Russland wahrscheinlich bei der Umgehung von Ausfuhrkontrollen“ unterstützen. Seit Februar 2022 haben die USA 24 in der VR China ansässige Unternehmen wegen Unterstützung des russischen Militärs in ihrer Entity List aufgeführt, die US-Exporte beschränkt.

Report:

[odni report on chinese support to russia.pdf \(house.gov\)](#)

Entity-Liste:

[eCFR :: Supplement No. 4 to Part 744, Title 15 -- Entity List](#)

OFAC bietet Online-Einführung in das US-Sanktionssystem an

Das amerikanische Office of Foreign Assets Control OFAC hat eine Webserie mit dem Titel „Introduction to OFAC“ gestartet, die sich direkt an den Privatsektor richtet. Geplant ist eine Reihe von Kurzvideos, die der Öffentlichkeit eine Einführung in die Grundlagen der OFAC und die Umsetzung von Sanktionen geben sollen.

In der ersten Folge werden die Zuschauer mit der OFAC und ihrer Stellung innerhalb der US-Regierung sowie mit ihrer Geschichte, ihrem Auftrag und ihrer Beziehung zur Öffentlichkeit vertraut gemacht.

[Introduction to OFAC Series – Episode 1: The Office of Foreign Assets Control - YouTube](#)

[OFAC's "Introduction to OFAC" Web Series | U.S. Department of the Treasury](#)

Früherer Rosneft Vorstand nicht mehr sanktioniert

Die USA haben den Portugiesen Didier Casimiro, früherer erster Vize-Präsident von Rosneft, von ihrer Sanktionsliste gestrichen. Casimiro galt als enger Vertrauter von Rosneft-Chef Igor Setschin. Weiterhin gelistet bleibt Casimiro durch Kanada und Großbritannien. Die EU hatte ihn nicht gelistet.

[Venezuela-related Designations Removals; Global Magnitsky Designation Update | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](#)

6. Sanktionen weiterer Länder

Georgien

Umsetzung von EU-Sanktionen

Georgien hat am 1. August 2023 die Ausfuhr von Fahrzeugen, die aus den USA importiert wurden, nach Russland und Belarus verboten. Ab dem 26. September 2023 wird zudem die Ausfuhr von Fahrzeugen mit Motoren von mehr als 1900 cm³ sowie aller aus der EU eingeführten Elektro- und Hybridfahrzeuge nach Russland verboten (im Einklang mit dem 11. EU-Paket).

Der EU-Sonderbeauftragte zur Bekämpfung von Sanktionsumgehungen, David O`Sullivan, lobte in Tbilisi die von Georgien ergriffenen Maßnahmen zum Verbot der Ausfuhr von 38 bestimmten elektrischen Geräten nach Russland.

In den ersten sechs Monaten des Jahres 2023 war Russland nach Kirgisistan, Kasachstan, Aserbaidshan und Armenien der fünftgrößte Importeur von Kraftfahrzeugen aus Georgien. Es kaufte 3.786 Autos aus Georgien mit einem Gesamthandelsvolumen von bis zu 52 Millionen US-Dollar (ein sprunghafter Anstieg im Vergleich zu 1.254 Autos im Wert von 14 Millionen US-Dollar im gleichen Zeitraum des Vorjahres).

Aus Weißrussland hingegen wurden in den ersten sechs Monaten dieses Jahres nur 129 Autos im Wert von 2,5 Millionen Dollar exportiert, verglichen mit 16 Autos im Wert von 442.000 Dollar im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Beobachter waren jedoch besorgt über den deutlichen Anstieg in anderen Ländern, darunter Kasachstan, Kirgisistan und Armenien. Alle diese Länder sind Mitglieder der Eurasischen Wirtschaftsunion, eines von Russland geführten Blocks mit einem einheitlichen, integrierten Zollsystem. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stieg die Zahl der nach Armenien exportierten Autos in der ersten Hälfte des Jahres 2023 um das Fünffache, nach Kasachstan um das Vierfache und nach Kirgisistan um das 2,5-Fache.

Im Gegensatz dazu ging die Zahl der nach Aserbaidshan, das nicht Mitglied der Zollunion ist, exportierten Fahrzeuge leicht zurück, obwohl sich die Gesamtkosten für die Fahrzeuge fast verdoppelt haben. Diese Daten haben verschiedene Analysten zu der Vermutung veranlasst, dass zumindest ein Teil dieser Autos in Russland landet.

[Transcript of press point of the EU Sanctions Envoy, Mr. David O`Sullivan | EEAS \(europa.eu\)](#)

[Georgia bans re-export of Western-imported cars to Russia, Belarus | Eurasianet](#)

Großbritannien

Weitere Sanktionen im Fall Kara-Murza

Das britische Office of Foreign Sanctions Implementation OFSI hat am 31. Juli sechs Personen aus dem russischen Justizsystem sanktioniert, die am Prozess gegen den russischen Regimekritiker Vladimir Kara-Murza beteiligt waren:

Vitaly Aleksandrovich Belitsky, Ekaterina Mikhailovna Dorokhina und Natalia Nikolaevna Dudar - alles Richter, die das Verfahren leiteten;

Boris Georgievich Loktionov und Anna Evgenievna Potychko, Staatsanwälte im Strafverfahren;

Danila Jurjewitsch Michejew, der „Sachverständige“ der Staatsanwaltschaft in dem Verfahren.

Mitglieder der russischen Justiz wurden wegen ihrer Verwicklung in den Prozess gegen Kara-Murza erstmals im November 2022 von Kanada sanktioniert und sind seitdem von den USA, der EU und mit der EU verbündeten Nicht-EU-Staaten sanktioniert worden.

[UK sanctions key figures involved in deplorable sentencing of dual British national Vladimir Kara-Murza after appeal is rejected - GOV.UK](https://www.gov.uk/government/news/uk-sanctions-key-figures-involved-in-deplorable-sentencing-of-dual-british-national-vladimir-kara-murza-after-appeal-is-rejected)
(www.gov.uk)

Report über das Wagner-Netzwerk

Ende Juli hat der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des britischen Unterhauses einen Bericht veröffentlicht: „Guns for gold: the Wagner Network exposed.“

In dem Bericht wird die Entwicklung des Wagner-Netzwerks in den letzten zehn Jahren detailliert beschrieben. Zudem wird die Reaktion des Vereinigten Königreichs auf das Wagner-Netzwerk dargelegt und kritisiert, dass das Vereinigte Königreich weniger als die Hälfte der von den USA/EU benannten Personen und Einrichtungen, die mit dem Wagner-Netzwerk in Verbindung stehen, sanktioniert hat.

Dazu wird auch eine stärkere Koordinierung mit den Verbündeten, insbesondere mit der Türkei, empfohlen, und den Reiseverboten Vorrang einzuräumen; und Empfohlen wird zudem, das Wagner-Netzwerk als terroristische Vereinigung zu verbieten.

[Guns for gold: the Wagner Network exposed \(parliament.uk\)](https://parliament.uk/news-and-analysis/2023/07/27/guns-for-gold-the-wagner-network-exposed)

Neue Unternehmenslistungen

Am 5. August hat das britische Office of Foreign Sanctions implementation OFSI weitere zehn Personen und neun Unternehmen auf seine Russland-Sanktionsliste und sechs

Unternehmen auf seine Belarus-Sanktionsliste gesetzt, weil sie zum russischen Verteidigungs- und Finanzsektor beigetragen haben:

Paravar Pars Co, ein im Iran ansässiges Unternehmen, das unbemannte Luftfahrzeuge (UAVs) herstellt, die angeblich an Russland geliefert wurden, und 7 Mitglieder des Vorstands;

Ashot Mkrtychev, ein slowakischer Staatsangehöriger, der nach Angaben des OFAC mit Nordkorea zusammengearbeitet hat, um Waffen für Russland zu beschaffen;

Anselm Oskar Schmucki, ein Schweizer Staatsangehöriger, der Leiter des Moskauer Büros von DuLac Capital, einer in der Schweiz ansässigen Vermögensverwaltungsgesellschaft, ist;

Aeromotus Unmanned Aerial Vehicles Trading LLC, ein Unternehmen mit Sitz in Dubai, das angeblich UAVs an Russland liefert;

Azu International Ltd und Turkik Union Dijital Teknoloji Donusum Ofisi, türkische Unternehmen, die Russland mit Computerkomponenten für den russischen Verteidigungssektor beliefert haben sollen;

2 Einrichtungen des IRGC und Ali Reza Balali, leitender Berater des Chefs der IRGC-Luft- und Raumfahrtkräfte, die Raketenforschung betreiben und Russland angeblich mit militärischen Gütern beliefern;

LLC Staut und LLC Testkomplekt sowie SMT-Ilogic, russische Unternehmen, die elektrische Komponenten importieren;

Belomo Holding und Gomel Radio plant, Unternehmen des belarussischen Maschinenbausektors; und

Radioelectronic Armament Repair Plant, JSC Peleng, Kidma Tech und Orsha Aircraft Repair Plant, Unternehmen im Bereich der Luftfahrtindustrie.

[Largest ever UK action targets Putin's access to foreign military supplies - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/government/news/largest-ever-uk-action-targets-putin-s-access-to-foreign-military-supplies)

Island

Island schließt Moskauer Vertretung

Island hat laut einem Bericht des Tagesspiegel als erstes europäisches Land wegen des Ukraine-Kriegs seine Botschaft in Russland geschlossen. Die bereits im Juni getroffene Entscheidung, den Botschaftsbetrieb in Moskau auszusetzen, „stellt keinen Abbruch der diplomatischen Beziehungen dar“, erklärte das Außenministerium in Reykjavik. „Sobald es die Bedingungen zulassen, wird Island der Wiederaufnahme des Betriebs Priorität einräumen“, fügte das Ministerium hinzu. Außerdem forderte Gylfadóttir Russland auf, seinen Botschaftsbetrieb in der isländischen Hauptstadt Reykjavik einzuschränken. [In einer](#)

gesonderten Erklärung gab das isländische Außenministerium die Unterzeichnung einer Absichtserklärung mit Litauen bekannt, die „Diplomaten und anderen Vertretern Islands Zugang zu Büroräumen der litauischen Botschaft in Kiew gewähren wird“.

Japan

Auch Japan weitete Exportbann für Autos aus

Einem Reuters-Bericht zufolge wird Japan sein Verbot von Autoexporten nach Russland ab dem 9. August auf alle neuen und gebrauchten Fahrzeuge mit einem Hubraum von mehr als 1900 cm³, Hybridfahrzeuge und große Fahrzeugreifen ausdehnen. Dieses umfassendere Ausfuhrverbot steht im Einklang mit den Maßnahmen der EU, die im Juni 2023 eingeführt wurden.

[Japan to extend car export ban to Russia from Aug. 9, trade minister says | Reuters](#)

Kanada

Ausweitung der Belarus-Sanktionen

Am 9. August kündigte Kanada die Sanktionierung von neun Personen und sieben Einrichtungen als Reaktion auf die „andauernden groben und systematischen Menschenrechtsverletzungen in Belarus“ an. Zudem wurden Mitschuldige an der Verletzung der Souveränität der Ukraine durch Russland gelistet. Es geht um folgende Personen und Institutionen:

- Iwan Michailowitsch Eismant, der Leiter des belarussischen Staatsfernsehens; das Verteidigungsministerium, die internen Truppen des Innenministeriums und
- Aleksandr Krivets, ein Militärkommandeur;
- BelOMO Holding, Oboronnye Initsiativy OOO, 2566 Radioelectronic Armament Repair Plant JSC und ATE-Engineering LLC, Militär-, Produktions- und Technologieunternehmen;
- Alexei Talai, ein belarussischer Paralympionike, und seine nach ihm benannte lokale Wohltätigkeitsstiftung, die angeblich die Abschiebung ukrainischer Kinder nach Belarus organisiert hat;
- Aleh Heorhievwich Karazei, ein Beamter des Innenministeriums, und Vladimir Karanik, ehemaliger Minister für Gesundheitswesen; und
- Anna Andrejewna Puschkarewa, Sergej Wiktorowitsch Sheiman, Olga Wiktorowna Sheiman und Alena Litwina, Richter und/oder "Mitarbeiter des Regimes".

[Canada imposes additional sanctions on third anniversary of Belarus's fraudulent presidential elections - Canada.ca](#)

Kosovo

Kosovo übernimmt EU-Sanktionen gegen Russland und Belarus

Ende Juli schloss sich die Regierung des Kosovo dem elften EU-Sanktionspaket als Reaktion auf Russlands umfassende Aggression gegen die Ukraine an. Laut dem lokalen Fernsehsender Klan Kosova wurde der Vorschlag, sich den jüngsten EU-Sanktionen anzuschließen, von der kosovarischen Außenministerin Donika Gervalla-Schwarz unterbreitet. Die kosovarische Regierung schloss sich an. Der Kosovo hat damit alle bisherigen EU-Sanktionen gegen Russland übernommen und seine Außenpolitik an die der EU angepasst, was eine Voraussetzung für die künftige europäische Integration ist.

Nordmazedonien, Montenegro u.a.

Übernahme von EU-Sanktionen

Die EU-Beitrittskandidatenländer Nordmazedonien, Montenegro, Albanien, Ukraine und Bosnien-Herzegowina sowie die EFTA-Staaten Island, Liechtenstein und Norwegen haben Anfang August EU-Sanktionen gegen Iran übernommen, mit denen die Lieferung von Drohnen an Russland verhindert werden sollen.

[Statement by the High Representative on behalf of the EU on the alignment of certain countries concerning restrictive measures in respect of actions undermining or threatening the territorial integrity, sovereignty and independence of Ukraine - Consilium \(europa.eu\)](#)

Neuseeland

Sanktionen gegen sechs Personen und 17 Einrichtungen

Am 21. Juli 2023 hat Neuseeland sechs Personen und 17 Einrichtungen wegen Unterstützung der illegalen Invasion Russlands in der Ukraine gelistet:

- Eleonora Fedorenko, Beraterin des Präsidenten der "Donezker Volksrepublik" für Kinderrechte, Kseniya Mishonova, Moskauer Beauftragte für Kinderrechte, und Tatyana Moskalkova, russische Beauftragte für Menschenrechte;
- Pavel Akifyev, ein Beschaffungsbeauftragter von Radioavtomatika;
- Aleksandr Razorenov und Vadim Garshin, Eigentümer der russischen Ostec-Gruppe; russische Unternehmen aus den Bereichen Halbleiter, Elektronik, Technologie und Verteidigung;
- Belarussische Finanzinstitute und ein Goldbergbauunternehmen.

Ukraine

Neues ukrainisches Sanktionsregister

Am 29. Juli 2023 traten Änderungen der ukrainischen Sanktionsgesetze in Kraft, die jetzt die Einrichtung eines öffentlich zugänglichen Sanktionsregisters der sanktionierten Personen, die Angabe der Gründe und die Art der verhängten Sanktionen vorschreiben.

Mit den Änderungen werden auch die Verfahrensfristen für die Prüfung von Einsprüchen gegen das Einfrieren von Vermögenswerten durch das Gericht verlängert. Der Oberste Anti-Korruptionsgerichtshof hat nun bis zu 30 Tage nach Eingang der Klage (derzeit 10 Tage) Zeit, um solche Einsprüche zu prüfen, und die Berufungskammer hat bis zu 15 Tage Zeit (derzeit 5 Tage).

[Про внесення змін до деяких ... | від 13.07.2023 № 3223-IX \(rada.gov.ua\)](#)

7. Blick über den Tellerrand

USA begrenzen Investitionen in strategischen Bereichen in China

Am 9. August unterzeichnete US-Präsident Joe Biden eine Durchführungsverordnung, die im nächsten Jahr in Kraft treten soll und den Finanzminister ermächtigt, bestimmte US-Investitionen in besorgniserregenden Ländern in Unternehmen zu regeln, die mit sensiblen Technologien zu tun haben):

Damit wird China (einschließlich Hongkong und Macau) als „bedenkliches Land“ eingestuft. Drei Sektoren werden reguliert: Halbleiter und Mikroelektronik, Quanteninformationstechnologien und KI. Bestimmte Transaktionen werden verboten und andere müssen dem Finanzministerium vorab gemeldet werden. Das Finanzministerium hat ein Informationsblatt über das Programm und eine Vorabkennzeichnung über einen Regelungsvorschlag mit Definitionsvorschlägen zur Ausarbeitung des Anwendungsbereichs des Programms herausgegeben und die Öffentlichkeit zur Stellungnahme aufgefordert - schriftliche Stellungnahmen zum ANPRM können innerhalb von 45 Tagen hier eingereicht werden.

[President Biden Signs Executive Order on Addressing United States Investments In Certain National Security Technologies And Products In Countries Of Concern | The White House](#)

UN forschen zu Sanktionen

Der UN-Sonderberichterstatter für einseitige Zwangsmaßnahmen hat den Start einer Sanktionsforschungsplattform angekündigt, einer Online-Sammlung von Forschungsergebnissen im Zusammenhang mit Sanktionen mit dem Ziel, das Bewusstsein für Sanktionen zu schärfen und weitere Forschungs- und Advocacy-Aktivitäten im Zusammenhang mit Sanktionen zu fördern. Untersucht werden sollen auch die Auswirkungen von Sanktionen auf die Menschenrechte und die humanitäre Lage.

[Special Rapporteur on unilateral coercive measures | OHCHR](#)

8. Termine

7. September 2023: Business for Business – Austausch über die wirtschaftliche Situation in Russland, online, 9:00 – 10:30 Uhr

Wir möchten Sie für Donnerstag, 7. September, zu einer weiteren Ausgabe der Ost-Ausschuss-Reihe Business for Business einladen. Die Veranstaltung findet online von 9:00 bis 10:30 Uhr (MESZ) statt. Bitte beachten Sie den Anmeldeschluss am Mittwoch, den 6. September 2023 um 13:00 Uhr.

Das Format richtet sich direkt an Unternehmen vor Ort und in Deutschland und soll vor allem dem Erfahrungsaustausch, dem praktischen Umgang mit der Situation in Russland dienen und für mehr Klarheit und Sicherheit sorgen. Die Referenten sind selbst Unternehmer und Geschäftsführer, so dass Sie Informationen aus erster Hand erhalten.

Mitgliedsunternehmen des Ost-Ausschusses haben eine direkte Einladung erhalten. Wenn auch Sie am Thema interessiert sind, wenden Sie sich bitte an Christiane Schuchart, c.schuchart@oa-ev.de

24. Oktober 2023: 6. Deutsch-Ukrainisches Wirtschaftsforum in Berlin

Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK), der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (OA) und die der Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer (AHK Ukraine) organisieren gemeinsam mit ukrainischen Partnerorganisationen am 24. Oktober 2023 das 6. Deutsch-Ukrainische Wirtschaftsforum. Das Forum findet voraussichtlich ab 10:00 Uhr bis ca. 17:00 Uhr MESZ im Haus der Deutschen Wirtschaft; Breite Str. 29, 10178 Berlin, statt.

Deutsche und ukrainische Unternehmensvertreter werden gemeinsam mit hochrangigen politischen Entscheidungsträgern die Einbindung der Wirtschaft beim EU-Annäherungskurs der Ukraine, bei Themen des Wiederaufbaus und für künftige gemeinsame Geschäftsfelder diskutieren. Wir freuen uns, dass mit Bundeskanzler Olaf Scholz und dem Premierminister der Ukraine, Denys Schmyhal, die Regierungschefs beider Länder das Forum eröffnen. Bitte merken Sie sich den Termin bereits jetzt vor. Eine Einladung für Ost-Ausschuss-Mitglieder wird im September versandt. Weitere Informationen:

Stefan Kägebein
Regionaldirektor Osteuropa
T. +49 30 206167-113
S.Kaegebein@oa-ev.de

Alena Akulich
Leiterin
Service Desk Ukraine
T. +49 30 206167-129
A.Akulich@oa-ev.de

9. Tipps & Links

Laut einem Bericht von **Amnesty International** wurden im Jahr 2022 in Russland über 20.000 Personen wegen **Protesten gegen den Krieg** in der Ukraine verfolgt. Das Vorgehen der Behörden gegen Regimekritiker habe seitdem weiter an Härte zugenommen. Den detaillierten Bericht zu Verfolgungen in Russland finden Sie hier:

[Amnesty Public Statement](#)

Das litauische Außenministerium hat einen **Leitfaden** in englischer Sprache zur **Aufdeckung und Verhinderung der Umgehung von Sanktionen** veröffentlicht, in dem detailliert beschrieben wird, welche Faktoren Unternehmen bei der Durchführung von Risikobewertungen berücksichtigen sollten, welche Warnhinweise bei Geschäften mit Russland oder Drittländern zu beachten sind und wie bestehende Sorgfaltspflichten eingehalten werden können:

[2023_07_17 Practical Guidance Sanctions Circumvention Detection and Prevention in Foreign Trade.pdf \(urm.lt\)](#)

Das **Atlantic Council** schaut sich in dieser Übersicht speziell die weltweiten Aktivitäten der **Wagner-Gruppe** an und fragt nach Möglichkeiten zu deren Eindämmung:

[Global Sanctions Dashboard: Sanctions alone won't stop the Wagner Group - Atlantic Council](#)

Die Internationale Handelskammer hat einen Bericht veröffentlicht, der sich mit den **Herausforderungen von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck in der Finanzdienstleistungsbranche** befasst und **Leitlinien für die Umsetzung von Kontrollen und risikobasierten Ansätzen** für die Identifizierung und das Management der damit verbundenen Risiken in der Handelsfinanzierung enthält. Das Fehlen detaillierter oder manchmal zu detaillierter Angaben in den Ausfuhrkontrolllisten mache komplexe Analysen und selbst einfache Abgleichlogiken sehr schwierig und führe demnach zu einer großen Zahl falsch positiver Ergebnisse. Technologien, um die Extraktion von Güterbeschreibungen aus Dokumenten zu automatisieren, die Klassifizierung von Gütern zu standardisieren und sie anhand von behördlich vorgeschriebenen Listen von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck zu überprüfen seien teuer. Daher seien die wirksamsten Screening-Ansätze auf der Ebene des Kunden/der Gegenpartei und nicht auf der Ebene einer isolierten Warenliste zu finden. Hier der gesamte Bericht:

[2023-ICC-Financial-crime-risk-controls-Dual-use-goods-and-proliferation-financing.pdf \(iccwbo.org\)](#)

Wichtige Informationen und Kontakte zu Sanktionen:

Alle bisherigen **EU- Sanktionspakete** in der Übersicht:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine \(europa.eu\)](#)

Der **Sanktionstracker von Correctiv.org** aktualisiert tagesaktuell, welche individuellen Sanktionen gegen wen verhängt werden und beantworten die wichtigsten Fragen zum Thema.

[Sanktionstracker – Alle Sanktionen gegen Russland im Live-Überblick \(correctiv.org\)](#)

Die **Atlantic Council Database** beobachtet die aktuelle Entwicklung der Russland-Sanktionen in verschiedenen Ländern und stellt diese anschaulich gegenüber. Über 12.000 Einzelsanktionen gegen Russland sind hier verzeichnet und recherchierbar:

[Russia Sanctions Database - Atlantic Council](#)

Der „**Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker**“ verfolgt restriktive Maßnahmen für Lebensmittel und Düngemittel. Die Auswirkungen von Exportbeschränkungen auf der ganzen Welt werden als prozentualer Anteil der von Exportbeschränkungen betroffenen Kalorieneinfuhren der einzelnen Länder dargestellt. Der Tracker kann auch dazu verwendet werden, die aktuelle Situation mit der Lebensmittelpreiskrise 2007-2008 zu vergleichen.

[Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker | Tool | Food Security Portal](#)

FAQ der EU zu den Sanktionen:

[Consolidated version - Frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it. \(europa.eu\)](#)

Aktuelle Entwicklungen bei den FAQ können Sie über diese Seite verfolgen:

[Frequently asked questions - Sanctions against Russia \(europa.eu\)](#)

EU-Übersicht zu allen bisherigen Russlandsanktionen:

[Die EU-Sanktionen gegen Russland im Detail - Consilium \(europa.eu\)](#)

„**Kurzinformationen für Arbeitgeber**“ sind zu diesem Thema auch auf dem Portal „[Make it in Germany](#)“ unter dem Link [Gewinnung und Beschäftigung von russischen Fachkräften \(make-it-in-germany.com\)](#) abrufbar.

Euler- Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.agaportal.de)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9\)](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9)

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19

GTAI-Sanktionsübersicht

Alle EU-Sanktionspakete in der Übersicht:

[Chronologische Übersicht über EU-Sanktionen gegenüber Russland | Zollbericht | EU | Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](#) GTAI-Überblick über die EU-Sanktionen im Finanzsektor: [Finanzsanktionen gegen Russland | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

AEB: Sanktionsübersicht

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland, FAQ und Unterstützungsmöglichkeiten finden Sie auf dieser der Internetseite der Association of European Businesses AEB in Russland:

[News \(aebrus.ru\)](https://www.aebrus.ru)

AHK Belarus Krisenhotline

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 07.00 bis 21.00 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

Spendenaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses für die Ukraine

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,

BIC: BFSWDE33XXX

IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00

Bank für Sozialwirtschaft

Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufwurf der Johanniter: Link](#)

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen 13 Arbeitskreisen zu Ländern und Branchen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier:

[Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen.

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Webseiten Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ■ Vernetzen ■ Handeln



Andreas Metz
Leiter Public Affairs
T. +49 (0)30 206167-120
A.Metz@oa-ev.de
Breite Straße 29
10178 Berlin

www.ost-ausschuss.de
LinkedIn | Facebook | Twitter @OstAusschuss